

übergab. Nach diesem Plane sollten die Stadtmauern von der Melkerbastei in gerader Richtung gegen die Augartenbrücke und von dort aus bis zur Einmündung des Wienflusses in den Donau canal, anschliessend an die Dominikanerbastei, hinausgerückt und die Stadt gegen die Rossau und den Wienfluss zu durch Gräben und Wälle geschützt werden. Gegen die Rossau zu war der Bau einer grossen Defensionskaserne geplant, wohin das alte Zeughaus verlegt werden sollte. Der Flächenraum der Stadt hätte sich dadurch um 69.686 Quadratklafter vergrössert, von welchem 45.448 Quadratklafter auf Strassen und Plätze, 9700 Quadratklafter auf öffentliche Gebäude und 14.453 Quadratklafter auf Privatgebäude entfallen wären. Noch ein drittes Project kam in derselben Zeit zur Sprache, welches vom Triester Handelsmanne Karl v. Bruck, dem späteren Handels- und Finanzminister, im Verein mit mehreren Bauunternehmern ausging. Diese wollten an der Stelle des alten Hofopernhauses ein neues ausserhalb des Kärnthnerthores unter bestimmten Bedingungen erbauen. Wahrscheinlich in Folge der Einwirkung des Bürgermeisters Czapka, der über dieses Anerbieten ein Gutachten abzugeben hatte, erweiterten die Unternehmer das Project; nach dem letzteren sollte die äusserst lästige Passage bei den zwei Kärnthnerthoren beseitigt und durch das Hinausrücken der Basteimauer gegen das Glacis nicht bloss ein Raum für das neue Opernhaus, sondern auch für Privathäuser gewonnen werden. Wiewohl gegen die Ausführung dieser drei Projecte von Seite der Militärbehörde kein Anstand erhoben wurde, so wurden doch darüber weitwendige Verhandlungen, welche vor dem Jahre 1848 nicht mehr zum Abschluss gelangt waren, gepflogen.

II.

Die politischen Ereignisse des Jahres 1848 drängten alle, die Erweiterung der Stadt berührenden Fragen vollständig in den Hintergrund. Hatte es doch den Anschein als ob die freiheitliche Bewegung, an deren Spitze sich Wien gestellt hatte, zu verderblichen Folgen für dessen Zukunft führen würde! Aber nur vorübergehend lasteten diese Besorgnisse auf den Gemüthern. Kaiser Franz Josef I. gestaltete nach seinem Regierungsantritte die Monarchie auf staatsrechtliche Grundlagen, welche einerseits die Sondergelüste der Ungarn und Italiener und anderseits die föderalistischen Bestrebungen der Czechen zurückweisend, die Bürgerschaft für eine erhöhte poli-

tische Machtstellung für ein fortschreitendes geistiges und wirthschaftliches Aufblühen Wiens verbürgten. In seinem Manifeste vom 2. December 1848 verkündigte der Kaiser die Absicht, alle Länder und Stämme zu einem grossen Staatskörper vereinigen zu wollen, und in der Reichsverfassung vom 4. März 1849, welche auf diesem grossen Gedanken fusste, war Wien ausdrücklich als die Hauptstadt dieses Reiches, als der Sitz der Reichsgewalt erklärt worden. Damit aber Wien auch dieser Stellung als Centrum der Monarchie entsprach, wurden in der Gemeinde-Ordnung vom 6. März 1850 die Ueberreste seiner feudalen Vergangenheit beseitigt, Stadt und Vorstädte zu einem einheitlichen Gemeindegebiete verschmolzen und dessen Verwaltung den Bürgern mit dem ausgedehntesten Selbstbestimmungsrechte anvertraut. Auch der nach der Aufhebung der Reichsverfassung wiederhergestellte absolutistische Staat, sowie die Februar-Verfassung des Jahres 1861 hielten unerschüttert an der Einheit des Reiches fest. Erst die Gestaltung des Reiches im Jahre 1867, welche dasselbe in zwei verfassungsmässige Staatskörper trennte und nur für bestimmte Angelegenheiten eine gemeinsame Verwaltung fortbestehen liess, schmälerte die politische und wirthschaftliche Stellung der Kaiserstadt.

Eine Stadt wie Wien, welcher die Aufgabe zugefallen war, der Mittelpunkt aller politischen und culturellen Interessen, eines mächtigen, durch seine Lage mit den mitteleuropäischen Staaten in enger Berührung stehenden Staatskörpers zu werden, musste in seiner baulichen Entwicklung gewaltige Veränderungen erfahren. Thatsächlich vermehrte sich die Bevölkerung des Gemeindegebietes seit den Jahren 1846 bis zum Ende des Jahres 1888 von 407.980 auf 774.591 Bewohner. In der Zusammensetzung der Bevölkerung zeigte sich durch den Einfluss der nationalen Strömungen die Erscheinung, dass ein Theil des ungarischen, czechischen und polnischen Hochadels seinen ständigen Wohnsitz in der Reichshauptstadt aufgab und sich entweder in die Landeshauptstädte oder auf seine Schlösser zurückzog. Das in seiner früheren Zusammensetzung bestandene Bürgerthum, aus dem Hausbesitze und den Zünften hervorgegangen, verlor seine Bedeutung. Gewerbetreibende, Handelsleute und Fabrikanten bedurften zu ihrem Geschäftsbetriebe nicht einmal die Gemeinde-Angehörigkeit. Durch das Gewerbegesetz vom Jahre 1859 fielen alle Schranken in Bezug auf die selbständige Ausübung von gewerblichen Unternehmungen; es vermehrten sich die Kleingewerbetreibenden. Die Association des

Grosscapitals, die Ausbildung der Grossindustrie, die Ausbreitung der Luxus-, Approvisionirungs- und Baugewerbe, die Bildung neuer Geld- und Credit-Institute bewirkten die Niederlassung zahlreicher Privatbeamten, Hilfsarbeiter und Tagelöhner. Die Vereinigung der obersten Staatsgewalten in Wien und der Aufschwung der Wissenschaften und Künste steigerten die Zahl der öffentlichen Beamten, der Gelehrten, Künstler und Studierenden. Diese Momente änderten vollständig das numerische Verhältniss zwischen Fremden und Einheimischen. Während sich beide Elemente der Bevölkerung im Jahre 1857 noch das Gleichgewicht hielten, betragen im Jahre 1880 erstere bereits 456.789 und letztere nur mehr 247.967 Bewohner.

Mit der Vermehrung und der Zusammensetzung der Bevölkerung mussten sich auch die Bedürfnisse zur Förderung ihres geistigen und leiblichen Wohles ändern. Es genügten nicht mehr die bisherigen Gebäude für die verschiedenen Zwecke der staatlichen und der Gemeindeverwaltung, zu dem auch in Folge der Fortschritte der Wissenschaft und der Gesetzgebung neue Ideen und Anschauungen über die Handhabung einzelner Verwaltungszweige zur Geltung gelangten. Mit dem Entstehen neuer Gruppen und Schichten der Gesellschaft waren endlich auch die bisherigen baulichen und wohnlichen Zustände unvereinbar.

Allerdings war man sich in den meisten Kreisen der Regierung bewusst, dass das System der politischen Centralisation, die Schaffung eines mächtigen, räumlich und politisch einheitlichen Mittelpunktes, der seine Anziehungskraft auf alle Theile des Reiches ausüben sollte, nothwendig auch eine Umgestaltung in der alten räumlichen Gestalt Wiens herbeiführen müsse. Vornehmlich war es der Minister des Innern Graf Stadion, der diesen Gedanken in seiner Skizze einer Gemeinde-Ordnung für Wien, welcher nicht nur die Stadt und die Vorstädte, sondern auch die Vororte in eine engere Zusammengehörigkeit bringen wollte, mit staatsmännischem Geiste zum Ausdruck gebracht hatte. Und auch die Wiener Gemeinde-Ordnung vom Jahre 1850 hielt an diesem Gedanken, wiewohl in engeren Grenzen, fest. Es war eine scharf ausgeprägte centralistische Idee, die innere Stadt und 34 Vorstädte in ein geschlossenes Gemeindegebiet umzugestalten, damit das Gebilde zu einer Grossstadt geschaffen war. Demungeachtet blieben für die nächste Zeit die Aussichten auf eine räumliche Verschmelzung der Stadt und Vorstädte trostlos. Die militärischen Autoritäten hielten in der Besorgniss vor dem Wiederausbruche einer neuen revolutionären Bewegung an dem

*Thury
Lichtenhöl*

befestigten Fortbestande der inneren Stadt unverrückt fest. Sie konnten es nicht vergessen, dass das k. k. Militär im October des Jahres 1848 die innere Stadt den aus den Vorstädten eingedrungenen Aufständischen wegen Mangel an genügenden militärischen Stützpunkten räumen musste. Zur Verhütung ähnlicher Vorfälle, welche bei der Stimmung eines Theiles der Bevölkerung in den Jahren 1849—1852 nicht ausserhalb des Bereiches der Möglichkeit lagen, verstärkte man sogar die Basteien, man erbaute an einzelnen Punkten der Festungswälle militärische Blockhäuser, »Windischgrätz-Anlagen«, wie sie der Volkswitz bezeichnete, an der Stelle der Dominikaner- und Biberbastei eine Defensionskaserne und am Laerberge zur Beherrschung der Vorstädte ein grosses fortificirtes Waffenarsenal. Nebenher beschäftigten sich die nicht militärischen Kreise in der Erkenntniss der Nothwendigkeit einer Erweiterung der inneren Stadt, doch unausgesetzt mit solchen Projecten, immer jedoch an den Gesichtspunkten festhaltend, dass die Mauern hinausgerückt, aber nicht abgebrochen werden sollen. So kam man im Jahre 1849 auf den Plan zurück, die Stadt zwischen der Augustiner- und der Wasserkunstabastei zu vergrössern. Dagegen lehnte die Regierung im Jahre 1853 das vom Gemeinderathe wärmstens empfohlene Förster'sche Project einer Erweiterung der inneren Stadt zwischen dem Schotten- und dem Fischerthore ab. Erst in den Jahren 1854—1856 wurden nach langen Erwägungen neuerdings Theile des fortificatorischen Rayons vor dem Fischer- und dem Neuthor mit einem Flächenraume von 16.500 Quadratklafter und 71 Bauplätzen verbaut, welche nach der Verbauung die Benennung »Neu-Wien« erhielten.

Dürfen wir den Schilderungen von Zeitgenossen vertrauen, so war die Wohnungsnoth zur socialen Noth gestiegen. »Das Gefühl der Sesshaftigkeit,« schreibt Bernhard Friedmann im Jahre 1856, »kam den Wienern im Laufe der letzten Jahre abhanden. Kein Bewohner der Vorstädte fühlt sich jetzt von einem Quartal zum andern sicher auf seinem Grund, in seiner Strasse, seinen vier Mauern. Von einer Wohnung kann kaum mehr die Rede sein, höchstens von einem temporären Obdach, von steinernen Zelten. Wer das Unglück hat, ein oder mehrere kleine Kinder zu besitzen, muss darauf resigniren, in einem anständig gehaltenen Hause ein Unterkommen zu finden.« Im Jahre 1851 ereignete es sich, dass Fremde weder in den Hôtels, noch in Privatwohnungen ein Unterkommen finden konnten und dass Wiener Familien, welche über den Sommer ihre Wohnungen aufgegeben hatten, bei ihrer Rück-

*Zu in es hoch
plante*

kehr von Vorstadt zu Vorstadt wandern mussten, bis sie Jahreswohnungen fanden. Ohne dass die Zunahme der sesshaften Civilbevölkerung in den Jahren 1846—1856 unverhältnissmässig stärker als in den früheren Jahren gewesen wäre, — die Gesamtzahl derselben stieg von 407.980 auf 471.442 Bewohner — erhöhte sich der Miethzins einer Wohnpartei in den Jahren 1850—1856 um 40%. Es stiegen in dieser Zeit auch die Preise des Weizens per Metzen um 46%, des Rindfleisches per Pfund um 40% und des Brennholzes um 46%. Nebst den bittersten Klagen tauchten die seltsamsten Vorschläge zur Abhilfe der Wohnungsnoth in der Stadt auf. So sollten sämmtliche Verkaufsläden in den Stadtgraben verlegt, die Verwendung der ersten Stockwerke zu Magazinen neuerdings verboten und der Zuzug der Provinzbevölkerung, namentlich der jüdischen, verhindert werden. Zur Erhöhung der Baulust empfahl man der Gemeinde im Jahre 1854, auswärtigen Bauunternehmern für ausgeführte Bauten im Werthe von fl. 25.000 anstandslos die Heimatsberechtigung, für grössere Bauten das Bürgerrecht, nach Umständen auch das Ehrenbürgerrecht zuzuerkennen.

Im Frühjahre 1857 wurden die Behörden durch die auffallende Zunahme obdachloser, armer Familien zur Ausziehzeit in hohem Grade alarmirt. Um die Leute unterzubringen, welche auf den öffentlichen Plätzen lagerten, wurden die Gemeinde-Arreste, Stallungen, Schoppen und unterirdischen Localitäten in Anspruch genommen. Die Ursache war nebst der Nothlage der Mangel an kleinen, für die unteren Volksclassen geeigneten Wohnungen. Als die Polizei jede Verantwortung für die weiteren Folgen dieser Zustände abgelehnt hatte, wurde der damalige Bürgermeister Dr. Seiller von der Regierung gedrängt, wirksame Mittel zu einer gründlichen Beseitigung der Wohnungsnoth in Vorschlag zu bringen. Seine im Juli 1857 gegebene Antwort lautete: Die Regierung möge die Fabriksbesitzer zur Herstellung von Wohnungen für ihre eigenen Arbeiter verhalten, die Erweiterung des Umfanges der inneren Stadt vornehmen, die Zahl der steuerfreien Baujahre für Neu- und Umbauten in Wien und den Vororten verlängern, bis zum Erscheinen einer neuen Bauordnung Erleichterungen in den Bauvorschriften gewähren und die Errichtung einer Hypothekenbank für Wien vermitteln. —

Während dieser Vorgänge im Schosse der Behörden hatte Kaiser Franz Joseph I. bereits aus eigenem Antriebe Entschlüsse gefasst, welche der baulichen Gestaltung unserer Stadt eine unge-

ahnte, alle Erwartungen weit übertreffende Wendung gaben, ihn zum Schöpfer des neuen Wien machten. Schon am 17. April 1857 hatte der Kaiser den damaligen Ministerpräsidenten Karl Grafen Buol beauftragt, ihm im Wege der Ministerconferenz Vorschläge zu machen, durch welche die seit längerer Zeit schwebende und immer dringender werdende Frage der Erweiterung der inneren Stadt in kürzester Zeit einer entscheidenden Lösung zugeführt werde. Bereits am 11. Juli 1857, mithin zu derselben Zeit, als auch Bürgermeister Dr. Seiller seine Anträge der Regierung vorgelegt hatte, übergab Graf Buol dem Kaiser die Beschlüsse der Ministerconferenz. Am Tage des Christfestes veröffentlichte die »Wiener Zeitung« die kostbare Weihnachtsgabe in Form eines vom Kaiser am 20. December 1857 an den Minister des Innern Dr. Alexander Bach gerichteten Allerhöchsten Handschreibens, welches die denkwürdigen Worte enthielt: »Es ist mein Wille, dass die Erweiterung der inneren Stadt mit Rücksicht auf eine entsprechende Verbindung derselben mit den Vorstädten ehemöglichst in Angriff genommen und zugleich auch auf die Verschönerung Meiner Residenz- und Reichshauptstadt Bedacht genommen werde. Zu diesem Ende bewillige ich die Auflassung der Umwallung der inneren Stadt, sowie der Gräben um dieselbe.« Dasselbe Handschreiben gab gleichzeitig die Grundzüge der Durchführung der Stadterweiterung bekannt, nach welchen aus dem Verkaufe der durch die Auflassung der Umwallung, der Fortificationen, der Stadtgräben und der Glacisgründe gewonnenen Bauarea ein Baufond zur Bestreitung der dem Staatsapparat erwachsenden Auslagen, zur Herstellung öffentlicher Gebäude, zur Verlegung der noch nöthigen Militär-Anstalten, zur Wegräumung der Basteien und zur Ausfüllung der Stadtgräben zu bilden und im Concurswege ein Stadterweiterungsplan innerhalb der bekanntgegebenen Gesichtspunkte zu erwerben war. Dagegen blieb von dieser grossartigen Aufgabe die Beseitigung der Linienwälle unberührt, wiewohl diese mit der baulichen Regulirung des Gemeindegebietes im innigsten Zusammenhange stand. Man konnte sich hierzu wegen des reichlichen Ertrages der Verzehrungssteuer nicht entschliessen und beschränkte sich kurze Zeit darauf, am 17. März 1858, den Linienwällen ihren fortificatorischen Charakter zu nehmen, das Bauverbot von 18 Klaftern Breite innerhalb der Wälle aufzuheben und jenes ausserhalb der letzteren von 100 Klaftern insoweit aufrecht zu erhalten, als es finanzielle oder polizeiliche Rücksichten erforderten. Mit dieser Verfügung gingen die Linienwälle aus dem Besitze des

Militärärars in jenes des Finanzärars über. Ohne Widerstreben liess die Gemeinde, welche vor dem Jahre 1848 durch viele Decennien einen hartnäckigen Kampf mit den Militärbehörden über das Grundeigenthum der Linienwälle geführt hatte, diesen Besitzwechsel über sich ergehen.

Mit dankbarem Herzen hatte Wien die grosse und segensreiche That des Kaisers begrüsst. Was erleuchtete Männer seit einem Jahrhunderte angestrebt, ging seiner Erfüllung entgegen. Wien konnte sich nunmehr ungehindert, seinen räumlichen Bedürfnissen entsprechend ausbreiten, mit Gemeingeist an der Lösung der ihr als Reichshauptstadt zugefallenen Reformen schreiten, in jene mächtige Bewegung eintreten, welche damals durch das in Paris gegebene Beispiel in Bezug auf die Assanirung und die Verschönerung grosser Städte bestand und den Forderungen des Verkehrs, der Industrie und des Handels ausreichend Genüge leisten. Inmitten der trübsten Tage der politischen und kirchlichen Reaction, des wachsenden Unmuthes der nationalen Parteien gegen das System der Centralisation des Reiches belebten sich die Hoffnungen und das Vertrauen auf bessere Tage. Die Thatkraft erwachte. Männer der Wissenschaft, der Kunst und der Technik beschäftigten sich mit Vorschlägen und Wünschen, welche bei der Feststellung des Planes berücksichtigt werden sollten. Selbst auf die politischen Momente wurde nicht vergessen. Für die damalige Auffassung von dem Berufe Wiens ist es charakteristisch, was Kuranda am 4. April 1858 in seiner »Ost-deutschen Post« schrieb: »Um der Centralisation Oesterreichs einen ewigen unauslöschlichen Denkstein zu setzen, ist es von Wichtigkeit, den Nationen dieses grossen Kaiserstaates bei dem gegenwärtigen Umbau Wiens in dieser Weltstadt eine Heimat zu geben. Dies wird möglich, wenn man ein italienisches, ungarisches, slavisches und griechisches Viertel beantragt.« Nicht unerwähnt dürfen wir es aber lassen, dass es auch an Leuten nicht fehlte, welche über das ganze Werk der Stadterweiterung in eine besorgnissvolle Stimmung geriethen. Sie fanden es ungemüthlich und der Gesundheit nachtheilig, nicht mehr auf den Basteien und in den Alleen der Glacis lustwandeln zu können, sie besorgten, dass die Durchführung der Stadterweiterung wegen der mangelnden Capitalien für Immobilien sich auf Generationen hinaus verzögern werde und ein Theil der Hausbesitzer der inneren Stadt fürchtete die Entwerthung des Realbesitzes, wenn der Schwerpunkt des Verkehrs in den neuen Stadtheil verlegt werden würde.

Der Concur zur Erlangung von Plänen, dessen Ausschreibung am 31. Jänner 1858 erfolgt war, rief eine ausserordentliche Bewegung unter den Architekten des In- und Auslandes hervor. Ungeachtet der grossen Zahl von eingelangten Projecten, war das Ministerium in der Lage, bereits am 31. December 1858 die Entscheidung der Jury veröffentlichen zu können. Als die drei besten Pläne — ohne Vornahme einer Classificirung des Ranges — wurden jene des Professors Ludwig Förster, der Professoren Eduard van der Nüll und A. v. Siccardsburg und des fürstlich Kinsky'schen Architekten Friedrich Stache bezeichnet; diesen zunächst an Werth stellte die Jury die Pläne des Landesbaudirectors für Steiermark Martin Kink, des Generaldirectors der k. preussischen Hofgärten Lenné und des Privatiers Eduard Strache. Einer Berücksichtigung würdig erkannte die Jury auch die ihr von dem Ministerium vor Ablauf des Concurstermines zur Beurtheilung übergebenen Pläne der Sectionsräthe Moriz Löhr und Vincenz Streffleur, sowie des Ingenieurs Ludwig Zettl.

Keiner der prämiirten Pläne war zur unveränderten Ausführung geeignet; die fachmännischen Kreise anerkannten nur, dass dem Ministerium durch die Ergebnisse der Jury eine Fülle von guten Ideen zu Gebote gestellt wurde. So hatte L. Förster die Regulirung des ganzen Gemeindegebietes im Auge. Er verband mit der Anlage von Quais, Boulevards und Gärten im Stadterweiterungsrays die Regulirung der Altstadt, die Donauregulirung, die Anlage eines Hafens im Kaiserwasser, den Bau einer die Vorstädte und die Vororte umschliessenden Kreisbahn, eines Centralbahnhofes vor dem Invalidenhaus und stellte ein förmliches System von Communicationen auf. Van der Nüll und Siccardsburg legten den Schwerpunkt ihres Planes auf die nächstliegenden Bedürfnisse der Stadterweiterung, die Durchbildung der Boulevards, die künstlerische zweckmässigste Situirung der öffentlichen Gebäude, wobei sie zum Ausgangspunkte und zum Mittelpunkte den Ausbau der kaiserlichen Hofburg genommen hatten. Sowie Förster, war auch Stache vom umfassenden Gesichtspunkte ausgegangen. Zwei Systeme von Strassen sollten für den Verkehr geschaffen werden. Das eine behandelte die Verkehrslinien vom Centrum bis zur Peripherie der inneren Stadt, das andere die Anlage von fünf Gürtelstrassen, welche in immer grösseren Kreisen die Vorstädte durchschnitten. Die Leopoldstadt sollte nach vorgenommener Donauregulirung der Haupthandelsplatz werden. Durch Lenné wurden Gartenanlagen und Promenaden mit

der Architektur in Verbindung gebracht und durch Kink werthvolle Anhaltspunkte geboten, wie die Nachtheile der fast jährlich wiederkehrenden Ueberschwemmungen und Eisstösse vermieden und das durch die Regulirung der Donau zwischen Nussdorf und Albern gewonnene Terrain für die Vergrösserung und Verschönerung Wiens verwendet werden könnte. Löhr und Zettl hatten gewissen Fragen, welche für die Staatsverwaltung von grosser Wichtigkeit waren, ihre Aufmerksamkeit zugewendet, Ersterer bei der Behandlung von Boulevards durch die Benützung einzelner Theile der Stadtgräben und Stadtmauern für Neubauten, Letzterer durch die Verlegung der Boulevards unmittelbar an die Stadt, durch die Anlage einer unterirdischen Pferdebahn im Stadtgraben, den Bau eines Centralbahnhofes vor der Stubenthorbrücke und die Verlegung des schweren Fuhrwerkes auf die Esplanadestrasse.

Ein aus Fachmännern gebildetes Comité arbeitete mit Zugrundelegung der gelungensten Ideen der prämiirten Concurspläne einen zur Ausführung geeigneten Stadterweiterungsplan aus, welcher am 1. September 1859 die Genehmigung des Kaisers erhielt. Dieser Plan beruhte auf folgenden Grundlagen: Auf den Flächenräumen der Festungswerke, des Stadtgrabens und des fortificatorischen Rayons im Gesamtflächenraume von 500.000 Quadratklafter sowie mit Benützung der Esplanadestrasse hatten zwei parallel angelegte Hauptstrassenzüge, welche rings um die innere Stadt liefen, nämlich die Ring- und die Quastrasse, dann die Lastenstrasse, die Aufgabe, den Verkehr von jedem Punkte der Stadt zum andern und von der Stadt in die Vorstädte aufzunehmen. Ein dritter Strassenzug, die Gürtelstrasse am äusseren fortificatorischen Rayon der Linienwälle gelegen, hatte die Verbindung der Vorstädte mit den Vororten zu vermitteln. Bestehende Strassen in der inneren Stadt und in den Vorstädten zu erweitern oder neue Verkehrslinien ausserhalb des fortificatorischen Rayons zu schaffen, betrachtete das Ministerium als eine Aufgabe, deren Lösung nicht ihm, sondern der Gemeinde zufiel und zwar einerseits mit Rücksicht auf die grossen Kosten, welche dem Baufonde dadurch zum Nachtheile der anderen von ihr übernommenen kostspieligen Bauten erwachsen worden wären, anderseits aus dem Grunde, weil die Regulirung des ganzen Stadtgebietes die schwierige und zeitraubende Ausarbeitung eines Generalbauplanes zur Voraussetzung gehabt hätte. Zu einer organischen Verbindung der Stadt mit den Vorstädten war im Plane projectirt, Neubauten zu beiden Seiten der Ringstrasse ausführen zu lassen und die geschlossenen

Zettl.

- Hauptstrasse /
Trottoir u. d.
- ...
- ...

Reihen nur durch freie Plätze und Gartenanlagen zu unterbrechen. In der Voraussicht, dass die Ringstrasse die Hauptverkehrsader des neuen Stadttheiles und mit einem regen geschäftlichen Verkehre die Annehmlichkeiten einer Promenade bilden werde, wurden die an derselben gelegenen Baugruppen zu Wohn- und Geschäftshäusern in geschlossenen Reihen verwendet, die freien Plätze und die öffentlichen Gebäude dagegen nach Thunlichkeit abseits von der Ringstrasse angeordnet. Durch diese Anordnung hoffte die Regierung zugleich den Baufond derart zu kräftigen, dass die im Interesse der Verschönerung der Stadt übernommene Ausführung grosser monumentaler Bauten gesichert wurde. Jene Erwägungen, welche den Reiz des architektonischen Bildes durch Point de vues, durch Schaffung grosser Plätze mit monumentalen Gebäuden, Familienhäusern mit Vorgärten u. s. w. erhöhen wollten, traten in den Hintergrund. Der literarische Streit, welcher damals zwischen den beiden Architekten Heinrich Ferstel und Ferdinand Fellner darüber geführt wurde, ob das englische System der Familienhäuser oder das localhistorische Zinshaus eine grössere Berechtigung in dem neuen Wien habe, war ein müssiger geworden. Die grossen Baublocks des Planes wiesen auf die Erbauung grösserer und kleinerer Zinsburgen hin. H. Ferstel erlebte nur die Genugthuung, dass seine Ideen später ausserhalb der Peripherie des Gemeindegebietes in dem durch seine Bemühungen zu Stande gekommenen Währinger Cottageviertel theilweise zur praktischen Ausführung gelangt waren. Für öffentliche Zwecke waren nur zwei grössere Anlagen vorhanden. Die eine vor dem Burghthore für den Bau der Burg und der Hofmuseen und die andere vor dem Stubenthore für die Schaffung eines öffentlichen Gartens. Der Paradeplatz vor dem Franzensthore, dieser Herd der Verschlechterung des Luftgehaltes und dieses Hemmniss des Verkehres der westlichen Vorstädte mit der Stadt, blieb seiner militärischen Bestimmung erhalten; sein Zustand sollte nur durch eine Regulirung des Terrains und die Bildung einer regelmässigen Gestalt verbessert werden.

Als es nun galt, an die Durchführung des Stadterweiterungsplanes zu schreiten, tauchten erhebliche Schwierigkeiten auf. Im Schoosse der Wiener Gemeindevertretung bestand die Anschauung, dass der Stadt auf Grund der ihr durch das Gemeindegesetz vom Jahre 1850 eingeräumten Rechte ein Einfluss auf das grossartige, für die bauliche Zukunft der Stadt entscheidende Unternehmen zustehe, dass die Regierung nicht das Recht besitze, über die Verwerthung eines Bestandtheiles des Gemeindegebietes verfügen zu

können, auf dessen Eigenthum die Gemeinde privatrechtliche Ansprüche zu haben glaubte und sie empfand es als ein schweres, allen Steuerträgern zugefügtes Unrecht, dass die Bauherren am 27. Mai 1859 für Neubauten auf den Stadterweiterungsgründen durch 30 und 25 Jahre, für Neubauten ausserhalb dieses Rayons durch 18 und 15 Jahre und für Umbauten durch 15 und 12 Jahre je nach der Zeit ihres Beginnes und ihrer Vollendung nicht allein von allen landesfürstlichen, sondern auch von allen städtischen Steuern befreit worden waren. Am stärksten fühlte sich die Gemeinde in ihrer Autonomie durch die neue Bauordnung für Wien vom 23. September 1859 verletzt, welche die Entscheidung in den wichtigsten Bauangelegenheiten einer dem Ministerium des Innern untergeordneten Baudeputation übertragen hatte.

Als bald fand die Gemeinde Gelegenheit, ihrer Auffassung über diese Angelegenheit Ausdruck zu geben. Unmittelbar nach der Genehmigung des Stadterweiterungsplanes war nämlich das Ministerium, an dessen Spitze inzwischen Staatsminister Graf Agenor Goluchowski getreten war, mit der Gemeinde wegen Durchführung des Werkes in Verhandlungen eingetreten. Gestützt auf das kaiserliche Handschreiben vom 20. December 1857, schlug dasselbe vor, die Stadterweiterung einer Commission, bestehend aus Abgeordneten der verschiedenen Hof- und Staatsbehörden, aus Vertretern der Gemeinde und aus Fachmännern, welche unter seine Oberleitung und seine Ueberwachung zu stellen sei, zu übertragen. Die Kosten des Werkes sollten der von dem Ministerium verwaltete Baufond und die Gemeinde gemeinschaftlich tragen, und zwar derart, dass ersterer aus dem Erlöse der an Private verkauften Baustellen, der durch die Demolirung der Festungswerke gewonnenen Materialien und aus dem Erlöse der durch die Staats-Neubauten entbehrlichen öffentlichen Gebäude, die Demolirung der bestehenden Fortificationen und die damit im Zusammenhange stehende Einlösung der Basteihäuser, die Herstellung der Quais und Brücken über den Donaucanal und die Errichtung der öffentlichen Gebäude, — letzterer dagegen die Canalisirung, die Pflasterung und Erhaltung der Strassen, die Beleuchtung, die Erweiterung der Passagen der inneren Stadt, die Anlage der öffentlichen Gärten, die Erbauung des Stadthauses, die Herstellung der Brücken über den Wienfluss nebst dessen allfälliger Regulirung zufallen solle. Ausserdem sollte die Gemeinde eine Bauvorschusscasse bilden und mit dieser vorzüglich die Unternehmer von Bauten auf Stadterweiterungsgründen unterstützen.

Gegen diesen Vorschlag machte die Gemeinde geltend, dass die Glacisgründe, ein Theil des Burgfriedens, auf Grund der Entschliessung Kaiser Josef II. vom 20. Mai 1781 ihr Eigenthum seien, wenn auch auf denselben die Servitut der Nichtverbauung laste. Gegenüber der Einsetzung der Baucommission und Stadterweiterungs-Commission wies sie darauf hin, dass diese die Ausübung des ihr in dem Gemeindestatute eingeräumten Wirkungskreises, die selbständige Verwaltung des Gemeindevermögens, beschränken. Eine Vereinigung der verschiedenen Interessen des Staatsbaufondes, der städtischen Gelder und der Vorschusscasse schien ihr unausführbar. Die dreissigjährige Befreiung der Bauunternehmer von den Communalsteuern hielt sie für ungerecht, weil die Canalisirung, die Herstellung und die Pflasterung der neuen Strassen und Plätze sehr bedeutende Lasten hervorrufe, welche jene Steuerträger allein zu tragen haben würden, die an der Stadterweiterung nicht betheiligt seien. Ebenso ungerecht war es nach der Anschauung der Gemeinde, dass ihr die Kosten der Erweiterung von Passagen der inneren Stadt überwiesen wurden, nachdem diese nur der besseren Verwerthung der Stadterweiterungsgründe zu Gute kamen. Nach wiederholten Vorstellungen machte die Gemeinde dem Ministerium am 3. April 1860 den Gegenvorschlag, ihr die selbständige Ausführung der Stadterweiterung überlassen zu wollen. Sie erklärte sich bereit, sämtliche ehemaligen fortificatorischen Grundflächen der Basteien, der Stadtgräben und des Glacis bis zur ersten Häuserreihe der Vorstädte um die Summe von zwölf Millionen Gulden zu übernehmen. Dem kaiserlichen Hofe und dem Staate sollten die auf dem Plane zur Erbauung von Staats- und öffentlichen Gebäuden ausgemittelten Grundflächen, die Basteitheile nächst der Hofburg, der äussere Burgplatz, der freie Glacisraum vor dem k. k. Hofstallgebäude und die Basteitheile, auf welchen die Franz Josefs-Kaserne steht, ohne Anspruch auf eine Geldentschädigung verbleiben und der Josefstädter Exercirplatz insolange militärischen Zwecken dienen, als dies vom Kaiser gewünscht werde. Die Gemeinde verpflichtete sich endlich zur Demolirung der Basteien, zur Ausfüllung der Stadtgräben, zur Anlegung der Ring- und ihrer Nebenstrassen, zur Erbauung der Canäle, zur Ausführung der nothwendigen Regulirungsarbeiten und zur Anlage von öffentlichen Gärten.

Dieser Gegenvorschlag wurde vom Minister Grafen Goluchowski mit kaiserlicher Genehmigung vom 29. April 1860 abgelehnt und der Gemeinde bekannt gegeben, dass mit dem Verkaufe von Bau-

gruppen oder von einzelnen Baustellen ungesäumt weiter vorgegangen werde. Thatsächlich erfolgte bereits am 19. Mai 1860 die Veröffentlichung der Bedingungen für den Verkauf von Bauplätzen. Die Gemeinde erreichte nur so viel, dass der Minister eine Ermässigung der Steuerfreiheiten in Aussicht stellte, »in der Voraussetzung,« wie er bemerkte, »dass die Gemeinde die ihr obliegenden Verpflichtungen genau erfüllen und die Stadterweiterung kräftigst unterstützen werde.«

Alle weiteren Schritte waren vergeblich; die Regierung führte das Unternehmen durch ihr Organ, die Stadterweiterungs-Commission, selbständig durch und der Gemeinde verblieb kein anderer Ausweg, als durch Vereinbarungen mit der Regierung die ihr zugefallenen finanziellen Lasten zu erleichtern und das Zustandekommen jener Einrichtungen zu ermöglichen, welche das Emporblühen der Stadt und das Wohl ihrer Bürger förderten. Fasst man unbefangen und gerecht die Verhältnisse ins Auge, so lässt sich nicht verkennen, dass die Regierung die Interessen der Gemeinde in wichtigen, die Verschönerung und Erweiterung der Stadt berührenden Fragen berücksichtigte, dass der Kaiser selbst in seinem Wohlwollen für das Gedeihen und Emporblühen Wiens wiederholt fördernd und unterstützend eingriff und dass der Gemeinde, ohne dass für die Regierung eine Verpflichtung vorlag, in zahlreichen Fällen eine Erleichterung der finanziellen Lasten zu Theil wurde.*)

Es liegt ausserhalb des Rahmens unserer Darstellung, im Einzelnen die Vereinbarungen der Regierung zu verfolgen. Wir können uns nur auf die folgende kurze Zusammenstellung der Leistungen des Stadterweiterungsfondes zur Förderung der Zwecke der Gemeinde beschränken. Die Dauer der Befreiung von allen städtischen Steuern für alle auf den Stadterweiterungsgründen neuerbauten Häuser wurde im Jahre 1861 auf zehn Jahre herabgesetzt. Zur Erbauung von Schulen erhielt die Gemeinde sieben Bauplätze im Flächenausmasse von 6693·303

*) Der oberste Leiter dieser Stadterweiterungs-Commission war der jeweilige Minister des Innern, die Commission das demselben zur Seite stehende berathende Organ. Vom Beginn des Unternehmens bis heute fungirte als Mitglied, dann als Präses der Commission und als Vertreter des Ministers für den politisch-administrativen Theil Se. Excellenz Dr. Franz Freiherr v. Matzinger; den technisch-administrativen Theil vertraten in beiden Eigenschaften ursprünglich Moriz Ritter v. Löhr und in späterer Zeit Josef Ritter v. Winterhalder. Den weitreichendsten Einfluss auf die Stadterweiterung nahm Freiherr von Matzinger. Es bleibt dessen unvergängliches Verdienst, dass durch seine umsichtige Verwaltung die Ausführung der bedeutendsten monumentalen Bauten Wiens auf Kosten des Fonds ermöglicht wurde. Sein Entgegenkommen bei allen billigen Wünschen anerkannte die Gemeinde durch Verleihung des taxfreien Bürgerrechtes.

Quadratmeter zu dem Durchschnittspreise von fl. 34.40 per Quadratmeter, für Marktzwecke einen Flächenraum im Ausmasse von 69.179 Quadratmeter und zwar den Naschmarkt unentgeltlich und die übrigen Plätze durchschnittlich zu dem Preise von fl. 11.12 per Meter. Auf Andringen der Gemeinde kaufte der Fond von dem Kriegsministerium den Josefstädter Paradeplatz um fünf Millionen Gulden. Zum Bau eines Rathhauses am Paradeplatz wurde der Gemeinde ein Flächenraum von 18.761 Quadratmeter im Tauschwege unentgeltlich übergeben. Die der Gemeinde eigenthümliche Baugruppe am Salzgries, welche an der Stelle der dortigen Kaserne entstand, ergänzte der Stadterweiterungsfond durch unentgeltliche Ueberlassung einer Baufläche von 1640.173 Quadratmeter. Zu Gartenanlagen erhielt die Gemeinde unentgeltlich einen Flächenraum im Ausmasse von 326.357.999 Quadratmeter, wovon auf den Stadtpark 134.984.759 Quadratmeter, die Anlagen am rechten Wienufer oberhalb der Schwarzenbergbrücke 16.394.475 Quadratmeter, die Anlage vor dem neuen Rathhause 49.157.241 Quadratmeter, die Anlage vor der Votivkirche 20.039.753 Quadratmeter, die Anlage vor dem Justizpalaste 11.992.205 Quadratmeter und die Anlagen am Schlickplatz 12.082.798 Quadratmeter entfielen. Der Fond übernahm die halben Kosten des Baues der Ringstrasse mit fl. 329.662. Ausserdem leistete derselbe der Gemeinde Beiträge zu Häusereinlösungen, zur Herstellung, Pflasterung und Canalisirung von Strassen und zur Anlage von Gärten in der Gesamtsumme von fl. 1,305.262.16 $\frac{1}{2}$. Ungeachtet dieser Leistungen des Fonds blieben die Auslagen der Gemeinde in Bezug auf die Herstellung der Strassen und der Canäle und die Einlösung von Häusern im Stadterweiterungsgebiete bedeutend; diese betragen vom Jahre 1861 bis Ende 1887 für Pflasterungen und Strassenbauten fl. 1,307.000, für Canalbauten fl. 845.000 und für die Einlösung von Häusern fl. 845.800, zusammen im Ganzen fl. 2,997.800.

Dem Wunsche des Kaisers entsprechend, möglichst rasch die grössten Verkehrshindernisse zu beseitigen, begann lange vor Feststellung des Planes der Abbruch der Basteien und die Ausfüllung des Stadtgrabens. Am 29. März 1858 wurden an der Rothenthurm-bastei die ersten Ziegel ausgebrochen. Eine grosse Menschenmenge hatte sich versammelt, welche Zeugen desselben waren, die Einen in gehobener Stimmung über die Erfüllung lang genährter Wünsche und Hoffnungen, die Anderen mit den Gefühlen der Wehmuth, dass die Stadt ihres historischen Charakters, des Schmuckes der Promenaden auf den Basteien und auf dem Glacis beraubt werde. Nach

Ablauf eines Monats war die ganze Strecke in der Verlängerung der Rothenthurmstrasse von der Kasematte Nr. 41 bis zum Rothenthurmthor blossgelegt. Am 1. Mai 1858 nahmen Kaiser Franz Joseph I. und Kaiserin Elisabeth die feierliche Eröffnung der festlich geschmückten Strecke in Gegenwart der Minister und des Gemeinderathes vor. Der Bürgermeister Dr. Ritter v. Seiller bat den Kaiser, der neuen Strasse ihm zu Ehren die Benennung »Franz Josephs-Quai« beilegen zu dürfen, wozu dieser auch seine Zustimmung gab. — Seither wurden die Demolirungsarbeiten je nach den Verkehrsbedürfnissen und nach dem fortschreitenden Ausbau der Stadt fortgesetzt. In der Hauptsache erstreckten sie sich bis zum Jahre 1884 und können heute noch nicht als vollständig abgeschlossen angesehen werden. Der Abbruch der einzelnen Basteikörper erfolgte in folgenden Zeiträumen:

Rothenthurmbastei von der Kasematte Nr. 41 bis zur Biberbastei und zur Gonzagabastei: vom 29. März bis 29. Juni 1858.

Biberbastei. Abtragung der Bastei und Herstellung einer Rampe zwischen der nördlichen Franz Joseph-Kaserne und den Basteihäusern: vom 19. November 1863 bis 14. September 1864.

Stubenbastei zunächst dem Dominikanerkloster in Verbindung mit der Regulirung des Dominikanergartens: vom 14. Juni bis 9. October 1858; nächst dem Stubenthor bis zum Herzog Coburgschen Palais: vom 9. April bis 19. September 1862; Demolirung einzelner Bestandtheile anlässlich der Abtragung des kleinen Jacoberhofes: vom 16. Februar bis 6. December 1871; Beseitigung des letzten Restes der Stubenbastei und der auf derselben bestandenen Häuser: vom 20. Juni bis 2. September 1884.

Wasserkunstabastei. Abtragung des Ravelins mit gleichzeitiger Herstellung eines Strassendamms über den Stadtgraben vor dem Kolowratpalais zur Herstellung der Strasse gegen die Schwarzenbergbrücke: vom 18. August 1860 bis 14. December 1861. — Abtragung der Bastei zwischen dem Coburg'schen und Kolowrat'schen Palais und des Karolinenthores und Eröffnung eines neuen Stadttausganges durch Verlängerung der Johannesgasse: vom 19. November 1862 bis 14. September 1863.

Kärnthnerthorbastei. Demolirung des alten Kärnthnerthores und der daran grenzenden Bastei gegen das gräflich Kolowrat'sche Palais, Herstellung eines Damms zur Verbindung der Kärnthnerstrasse mit der Elisabethbrücke: vom 13. October 1858 bis 30. Mai 1859. — Abtragung des neuen Kärnthnerthores in der Verbindung

mit der Herstellung der Ringstrasse zwischen dem Kärnthnerthore und dem Burghthore: vom 8. Mai bis 19. September 1861.

Augustinerbastei. Abtragung um das erzherzoglich Albrechtsche Palais: vom 15. Juni bis 31. October 1863.

Burgbastei und Löbelbastei. Demolirung der Umwallungen zu beiden Seiten des Burghthores, dem Kaiser- und Volksgarten entlang: vom 14. Jänner bis 3. October 1863; des Ravelins, des Paradeisgartens 1863—1864; Abtragung des auf demselben bestehenden Restaurationsgebäudes, des darüber gelegenen Basteikörpers mit Einschluss der von der Teinfaltstrasse beginnenden Rampe bis auf das definitive Niveau des Platzes um das Hofburgtheater: vom 6. März 1872 bis 13. Jänner 1873 — und Abtragung der Löbelbastei, der Bellariarampe vom 22. Juli 1874 bis 28. August 1875.

Melker- und Schottenbastei. Abtragung der Melkerbastion bis zum Ringstrassen-Niveau: vom 2. October 1861 bis zum 8. März 1862. — Beseitigung der Courtinen bei der Schotten- und Melkerbastei in der Strecke von der neuen Strasse neben dem alten Zeughaus bis zum Paradeisgärtchen, des Schotten- und Franzenthores, der Vorgärten bei den Häusern der Schotten- und Melkerbastei und Herstellung einer Auffahrtsrampe von der Ringstrasse auf die Löbelbastei: vom 18. März bis 14. Juni 1862. — Abtragung der Häuser auf der Schottenbastei: vom 3. November 1868 bis 4. Juli 1869. — Abtragung eines Theiles des Basteikörpers der Melkerbastei und Herstellung einer Rampenmauer neben dem sogenannten Kleppersteige: vom 24. August 1870 bis 21. October 1871.

Neuthor- und Elendbastei. Beseitigung des Basteikörpers vor dem Hause C.-Nr. 204 am Salzgries bis hinter die Salzgrieskaserne und Abtragung des Basteikörpers um das Stabsstockhaus auf der Elendbastei: vom 1. August bis 25. October 1859. — Abtragung des Neuthores und der Ueberreste der Elendbastei in der Ausdehnung bis zur Schottenbastei: vom 7. Mai bis 9. October 1860. — Abtragung der an das Wasenmeisterhaus grenzenden Basteimauer: im Juli 1864.

Gonzagabastei. Abtragung der Bastei des Fischerthores und der daran stossenden Kasematten: vom 11. April bis 9. Juni 1859.

Die durch diese Arbeiten gewonnenen Ziegeln und Quadersteine wurden verkauft, das Erdreich theils zur Ausfüllung des Stadtgrabens, theils zur Regulirung des Niveaus der Ringstrasse und des Franz Josefs-Quais verwendet. Die Inschriftsteine an den Mauern, welche auf die Erbauung der einzelnen Basteien

Bezug nahmen, sowie die Embleme an den Stadthoren übergab das Ministerium der Gemeinde, deren wichtigere Theile noch heute aufbewahrt werden. Sowohl das Ministerium als auch die Gemeinde liessen überdies Photographien und Aquarelle der Basteien, des Stadtgrabens und des Glacis zur dauernden Erinnerung anfertigen. Die gesammten Kosten der Demolirungen betruhen vom Jahre 1858 bis Ende des Jahres 1887: fl. 1,342.368 und jene der Basteihäuser in der Zahl von 125: fl. 8,672.775.

Damit aber inmitten der Ruinen der Vergangenheit bald neues, frisches Leben spross, bedurfte es einer raschen Inangriffnahme der nothwendigsten Vorbereitungen. Zu diesen gehörte die Feststellung und die Ausgleichung der verschiedenen Niveau's des Stadterweiterungsgebietes, die Bestimmung des Profils und des Baues der Ring- und der Lastenstrasse einschliesslich des Franz Josefs-Quais, sowie die Anlage eines neuen Canalnetzes.

Das Niveau der Ringstrasse wurde nach den Ausgangspunkten der bestehenden und der neu zu schaffenden Hauptverbindungen zwischen Stadt und Vorstädten geregelt, jenes des Franz Josefs-Quai's beiläufig um 7·5 Meter vom Nullpunkt der Ferdinandsbrücke gehoben.

Längere Verhandlungen erforderte die Ausmittlung des Profils der Ringstrasse, weil hierüber zwischen dem Ministerium und der Gemeinde wesentliche Meinungsverschiedenheiten bestanden. Erst am 6. November 1862 konnte der Kaiser nach einem zwischen beiden Factoren getroffenen Ausgleich die Anlage der Ringstrasse genehmigen. Die Ringstrasse erhielt in ihrer ganzen Länge von 4400 Metern eine Breite von 57 Metern, damit dem Verkehre in weitester Ausdehnung entsprochen und den engen Strassen der alten Stadt im Interesse der öffentlichen Gesundheit als Entgang für das Glacis der nothwendige Luftzutritt verschafft wurde. Die Auftheilung des Querprofils wurde in der Art vorgenommen, dass eine mittlere Fahrbahn von 24·8 Meter, zwei Baumalleen von je 7·268 Meter — die innere für Fussgeher, die andere für Reiter bestimmt — zwei Seitenstrassen zur Anfahrt für die Häuser je 13·272 Meter und zwei Trottoirs von je 5·70 Meter Breite entstanden. Die mittlere Fahrbahn und die zwei Seitenbahnen wurden mit Würfelsteinen gepflastert, die Allee für Fussgeher macadamisirt und jene für Reiter mit lockerem Erdreich überzogen. Die Bepflanzung der Alleen erfolgte grösstentheils mit Ailanthusbäumen und Platanen, welche aber, als im Winter 1879 bis 1880 ein grosser Theil der Bäume auf der Ringstrasse abgestorben war, nur mehr auf dem Opern- und dem Kärnthnerring, dem Schotten-

Franzens- und Kolowratring beibehalten, dagegen der Burg- und der Parkring durch die Krimlinde und die grossblättrige Linde und der Stubenring durch die amerikanische Linde ersetzt wurden. — Der Franz Josefs-Quai erhielt eine Fahrbahn in der Breite von 14.378 Meter, einfache Alleen für Fussgeher in der Strecke von der Aspernbrücke bis zur Stephaniebrücke und doppelte Alleen für Fussgeher in der Strecke von der Ferdinandsbrücke bis zur Aspernbrücke. Mit der Canalisirung begann die Gemeinde im Jahre 1861 am Franz Josefs-Quai, die letzten Neuherstellungen fielen in das Jahr 1874. Zu den kostspieligsten Bauten dieser Art gehörten: der Hauptcanal am Franz Josefs-Quai (1861), der Choleracanal, der Hauptcanal am Kärnthnerring (1861), die Hauptcanäle vom Donaucanal bis zum Burgthor (1865) und die Hauptcanäle vom Kärnthnerring bis zum Donaucanal (1865—1866).

I
Zuerst wurde der Ausbau des Franz Josefs-Quai's in seiner ganzen Ausdehnung von der Augartenbrücke bis zur Aspernbrücke und jener der Ringstrasse von der letzteren bis zum Burgthor vollendet. Die feierliche Eröffnung der Ringstrasse fand am 1. Mai 1865 statt. Flaggen mit den kaiserlichen, bayrischen und städtischen Farben umsäumten die mittlere Fahrbahn, Teppiche und Festons schmückten die neuerbauten Häuser. Auf dem Platze vor dem Burgthore erhoben sich vier riesige Obeliskten mit rothweissen Flaggen und mit folgenden Inschriften: 20. December 1857 — 29. März 1858. — 1. Mai 1858 — 1. Mai 1865. Gegenüber dem Burgthor ragte auf hohem, mit Blumen geschmücktem Piedestal die Gestalt der Vindobona mit einem goldenen Kranze in der Rechten, hinter ihr die kaiserliche Flagge aus Goldbrocat mit dem Reichsadler empor. Zu beiden Seiten der Gestalt standen Zelte, rechts für die Minister, die übrigen Spitzen der Behörden und die Mitglieder der Stadterweiterungs-Commission, links für den Gemeinderath, den Magistrat und die Bezirksvertretungen. Die auf der anderen Seite der Ringstrasse erbauten Tribünen füllten geladene Gäste. Um $\frac{1}{25}$ Uhr Nachmittags fuhren der Kaiser und die Kaiserin in Begleitung der Erzherzoge und der Erzherzoginnen durch die Stadt in die verlängerte Kärthnerstrasse und lenkten von hier über die Ringstrasse gegen das Burgthor ein. Von der Menschenmenge mit Jubel begrüsst, feierte Bürgermeister Dr. A. Zelinka in seiner Ansprache die hochherzige That des Monarchen in Bezug auf die Erweiterung der Stadt, welche, durch die von der Gemeinde beabsichtigte Herstellung einer neuen Wasserleitung gekrönt, die kommenden Ge-

schlechter zum tiefsten Danke verpflichtet werde, und überreichte dem Kaiser eine zum Gedächtniss der Eröffnung der Ringstrasse auf Kosten der Gemeinde geprägte Medaille. Eine Deputation weissgekleideter Mädchen übergab der Kaiserin einen prachtvollen Blumenstrauss. In den freundlichsten Worten sprach der Kaiser dem Bürgermeister und dem Gemeinderathe seine Anerkennung und seinen Dank aus, dass sie der Verschönerung seiner Residenz eine besondere Sorgfalt angedeihen liessen, er versprach die Wünsche der Gemeinde in Bezug auf die Erlangung von Baugründen zur Errichtung von Schulen, Markthallen und Parkanlagen zu berücksichtigen und schloss mit den denkwürdigen Worten: »Um eine der wichtigsten Unternehmungen der Gemeinde zu fördern, habe ich die Anordnung getroffen, dass der Gemeinde zur Durchführung der Wasserversorgung der Kaiserbrunnen unentgeltlich überlassen werde und ich hoffe, dass hiermit diese Angelegenheit bald und glücklich zum Abschluss gebracht werden wird.« Mit Jubel begrüsst der Gemeinderath diese Ueberraschung. Mächtig bewegt gab der Bürgermeister den Gefühlen der Dankbarkeit der Gemeinde über dieses kostbare Geschenk, welches der öffentlichen Gesundheit unschätzbare Dienste zu leisten versprach, den lebhaftesten Ausdruck. — Nach Ablauf von fünf Jahren (1870) war auch die Anlage der Ringstrasse in der Strecke vom Burgthor bis zur Augartenbrücke vollendet.

Einen längeren Zeitraum erforderte die Herstellung der Anschlüsse an die innere Stadt, weil mit diesen wesentliche bauliche Veränderungen und kostspielige Häusereinlösungen im Zusammenhange standen. Zuerst erfolgte die Erweiterung des Volks- und Kaisergartens mit der Umfriedung eines, auf Kosten des Stadterweiterungsfondes ausgeführten kunstvollen Gitters, die Eröffnung zweier neuer Thore vom äussern Burgplatz und eines Thores an der Rückseite des Volksgartens zur Erleichterung des Verkehrs (1863). In die darauf folgenden Jahre fielen und zwar: 1864 die Häusereinlösungen am Salzgries zur Herstellung einer Verbindung mit der Gonzagagasse; 1868 die Demolirung des Kolowratpalais zum Anschluss der Wallfischgasse an die Seilerstätte; 1870 die Demolirung des Fürst Lubomirski'schen Palais mit der Melkerbastei; 1870—1879 jene des oberen und unteren Arsenal's zur Regelung des Stadttheiles bei der Renngasse, der Wipplingerstrasse, des Salzgries und des Tiefen Grabens, ferner zur Anlage des Börseplatzes und zur Eröffnung zweier Strassenzüge auf den Schottenring und den Franz Josefs-Quai; 1872—1873 der Abbruch des alten Opernhauses; 1873—1874 die Parcellirung des Bürger-

spital-Fondshauses zur Verlängerung der Augustinergasse, zur Verbindung des Neuen Marktes mit der Operngasse und zur Bildung des Albrechtsplatzes; 1874 die Einlösung mehrerer Häuser in der Löbelgasse zur Herstellung einer Verbindung der Bank- und der Schenkenstrasse mit dem Franzensring; 1879 die Regulirung des Salzgries; 1880 die Regulirung des Wallfischplatzes; 1884 und 1885 die Demolirung des Polizeigefangenhauses (ehemals Siebenbüchnerinnenkloster) und mehrere Privathäuser in der Sterngasse zur Eröffnung der schon im Jahre 1864 projectirt gewesenen Verbindung des Hohen Marktes mit dem Franz Josefs-Quai und 1885 die Regulirung der Teinfaltstrasse, der Abbruch der Häuser zwischen dem Franz Josefs-Quai und der Kohlmessergasse zur Bildung eines Platzes und neuer Häusergruppen sowie zur Regulirung des Niveau's in Bezug auf die Rothenthurmstrasse.

Nicht geringe Schwierigkeiten bereitete an einzelnen Punkten der directe Verkehr mit den Vorstadtbezirken, indem mehrere Bahnen, wie jene am Neubau, Josefstadt und Alsergrund nicht direct in die Ringstrasse einmündeten. Zur Beseitigung dieser Hindernisse nahm die Regierung auf Andringen der Gemeinde Abänderungen des Stadterweiterungsplanes zur Anlage einer neuen Fahrstrasse von der Schottengasse in die Alserstrasse (1862) und zur Herstellung directer Verbindungen der Burg-, Neustift-, Lerchenfelder-, Trautsohn- und Josefigasse (1863) mit der Ringstrasse vor.

Aussichtslos waren dagegen durch längere Zeit die Bemühungen der Gemeinde wegen Auflassung des Josefstädter Paradeplatzes. Wiederholt machte sie Schritte bei der Regierung, damit dieses empfindliche Hinderniss eines freien Verkehrs beseitigt werde. Aus dem Schosse der Bevölkerung der westlichen Bezirke wurden Vorstellungen gemacht, mit dem Hinweise, dass die geschäftlichen Interessen schwer geschädigt seien. Beharrlich weigerte sich aber das Kriegsministerium, aus Rücksicht für die Bedürfnisse der Garnison auf Abänderungsvorschläge einzugehen. Auch in diesem Falle bezeugte der Kaiser der Stadt sein grosses Wohlwollen; er erfüllte sein Versprechen, jederzeit deren Entwicklung möglichst fördern zu wollen. Alle militärischen Bedenken beseitigend, ordnete er am 17. August 1868, dem Vorabende seines Geburtsfestes, die Auflassung des Paradeplatzes für militärische Exercitien und Reitübungen an. Doch ungeachtet dieses kaiserlichen Machtspruches dauerte es noch geraume Zeit, bis erstere zur Verwirklichung gelangte. In den massgebenden Kreisen bestanden verschiedene Anschauungen über die Verwendung

des Paradeplatzes. Die Ministerien und die Delegationen erhoben als Entschädigung für die Grundfläche weitgehende finanzielle Ansprüche. Während die Verhandlungen hierüber noch schwebten, gaben die Berathungen der Jury über die Concurspläne für den Bau eines neuen Rathhauses den unmittelbaren Anstoss zur definitiven Lösung der Frage. Alle communalen Kreise theilten die Ueberzeugung, dass der Platz für das neue Rathhaus am Parkring für die Bedürfnisse der Verwaltung unzureichend sei und dass die günstige Gelegenheit zur Schaffung einer grossartigen Anlage, welche Wien für immer zur Zierde gereiche, benützt werden müsse. Im Herbst 1869 ergriff Bürgermeister Dr. C. Felder die Initiative und überreichte dem Kaiser in einer besonderen Audienz eine Planskizze zur Schöpfung eines an die Stelle des Paradeplatzes tretenden monumentalen Stadttheiles. Das Rathhaus, das Parlamentshaus, die Universität und das Hofburgtheater sollten sich hier, in Verbindung mit einem grossen Gartenplatze wirksam gruppirt, erheben. Des Beifalls des Monarchen und der Unterstützung des damaligen Ministers des Innern, Dr. Karl Giskra, sicher, arbeitete Friedrich Schmidt über Anregung des Bürgermeisters im Einvernehmen mit Theophil Hansen und Heinrich Ferstel den Plan für die Verbauung des Paradeplatzes aus, welchen der Bürgermeister nach eingeholter Genehmigung des Gemeinderathes dem Monarchen am 11. April 1870 an der Spitze einer Deputation unterbreitet hatte. Graf Taaffe, seit 12. April 1870 als Minister des Innern im Amte, brachte dem Unternehmen ein nicht geringeres Wohlwollen wie sein Vorgänger entgegen. Wenige Wochen später setzte er den Bürgermeister in die Kenntniss, »dass der Kaiser am 11. Juni 1870 das Ansuchen der um die Verschönerung der kaiserlichen Haupt- und Residenzstadt Wien in hervorragender Weise verdienten Gemeindevertretung genehmigt habe.« Gleichzeitig wies der Kaiser das Reichskriegsministerium an, dem Stadterweiterungsfonde den Paradeplatz gegen eine Entschädigung von fünf Millionen Gulden ö. W. zu übergeben. So kam jener Stadttheil zu Stande, welcher Wien durch die Fürsorge des Kaisers noch nach Jahrhunderten ein glänzendes Gepräge bewahren wird.

Als äussere Vermittlungsglieder des Verkehrs zwischen der Stadt und den Vorstadtbezirken bedurfte es aber auch neuer Brücken über den Donaucanal und den Wienfluss, sowie der Umgestaltung der früheren Esplanadestrasse in die Lastenstrasse. Der Bau dieser Brücken fiel mit Ausnahme jenes der Aspernbrücke ausschliesslich der Gemeinde zu. Die Anlage der Lastenstrasse, eine Angelegenheit des Stadt-

erweiterungsfondes, erfolgte in den Jahren 1862—1864 in einer Breite von 27·50 Meter von der Radetzkybrücke bis zur Alserstrasse. Nur der letzte Theil längs der Façade der Votivkirche durch die Maria Theresienstrasse verzögerte sich bis zum Jahre 1879.

Mit Ungeduld sahen die Wiener den Anfängen der Verbauung des Stadterweiterungsgebietes entgegen. Dass sich zahlreiche Baulustige finden würden, darüber bestand angesichts der ausserordentlichen Baubegünstigungen und der damaligen Neigung der Capitalisten, ihre Fonds den grossen Schwankungen des Staatscredits zu entziehen, kein Zweifel. Im Mai 1860, bevor noch der Bau der Ringstrasse begonnen und die Verhandlungen mit der Gemeinde über die Organisation des Unternehmens beendet waren, hatte das Ministerium schon die ersten Baugründe zwischen dem ehemaligen Kärnthnerthore und der Elisabethbrücke und am Franz Josef-Quai veräussert. Unter den Käufern befand sich Karl Treumann, welcher nächst dem Karlskettensteg ein provisorisches Theater erbaute, das aber schon im Jahre 1863, vor dem Baue eines stabilen Theaters am Franz Josefs-Quai, ein Raub der Flammen geworden war. Im März 1861 wurden vier Baugruppen an den vorbezeichneten Orten und vor dem Schottenthor und im Jahre 1862 Baugruppen auf dem Opernring verkauft. Bis Juli dieses Jahres war bereits ein Flächenraum von 39.323 Quadratmeter im Besitze von Baulustigen, welche dafür eine Summe von fl. 6,598.788 bezahlt hatten. Im Durchschnitt erhielt der Stadterweiterungsfond in erster Zeit per Meter ungefähr fl. 167. Einzelne Baustellen, wie jene, welche dem Erzherzoge Albrecht in der Albrechtgasse und dem Brauereibesitzer Dreher, Ecke der Operngasse gehörten, wurden in Folge ihrer besonderen Lage zu doppelt so hohen Preisen verkauft.

Seither machte die Baubewegung folgende Fortschritte: In den Jahren 1863 und 1864 entstanden die ersten Häuser auf dem Kolowratring und dem Parkring. In den darauffolgenden Jahren erhoben sich Häuser auf fast allen Theilen der Ringstrasse in der Strecke vom Burgring bis zur verlängerten Wollzeile, dann über den ganzen Franz Josefs-Quai, so dass im Jahre 1873 nur mehr einzelne Lücken auszufüllen waren. Langsamer entwickelte sich der Schottenring mit den angrenzenden Strassen. Hier gelangten erst im Jahre 1885 die letzten Häuser zur Verbauung. Am Maximilianplatz stand im Jahre 1873 noch kein Haus. Am Franzensring erhoben sich schon in den ersten Jahren der Verbauung in der Gruppe zwischen der Schottengasse und der Melkerbastei Wohngebäude. In der Umgebung

des neuen Rathhauses, des Parlamentshauses und der Universität begann die Bauthätigkeit in den Jahren 1874—1875, ohne dass sie bis heute vollständig abgeschlossen ist. Ein Block in der Magistratsstrasse, welchen die Gemeinde im Jahre 1888 im Wege des Austausches mit den ihr am Michaelerplatze gehörigen Häusern vom Stadterweiterungsfonde erwarb, dürfte noch einige Zeit unverbaut bleiben. In Folge dieser Baubewegung erhielt die innere Stadt in nicht vollen dreissig Jahren einen Zuwachs von mehr als 90 neuen Strassen und Plätzen, auf welchen sich mehr als 500 öffentliche und Privatgebäude erheben.

War hiermit der Zweck der Erweiterung der inneren Stadt erreicht? Keineswegs. Mit den breiten Strassen des neuen Stadttheiles standen die engen Hauptpassagen der Altstadt im grellsten Gegensatze. Nun machte sich erst recht die durch den langen Fortbestand der Festungswerke hervorgerufene Oekonomie bei Benützung des Flächenraumes in der Stadt, die noch aus dem Mittelalter stammende Configuration der Strassen fühlbar. Was halfen die nach dem Abbruche der Basteien gegen die Ringstrasse weit eröffneten Strassen, wenn diese für den wachsenden Verkehr unzureichend blieben! Die Altstadt blieb nach ihrer Lage fort der Mittelpunkt des geschäftlichen Lebens, der Kreuzungspunkt der Verbindung zwischen einem Theile der Vorstadtbezirke, die Residenz des kaiserlichen Hofes, der Sitz der Centralbehörden. Hier entfalteten die Luxusgewerbe in den Verkaufsstätten ihren ganzen Reichthum, hier verbleiben die Geldinstitute, die Bankhäuser und die Comptoirs der Grossindustriellen. Je rascher sich die Verbauung des neuen Stadttheiles vollzog, desto lebhafter wurden die Strassen. Das Gedränge der Passanten und der Wagen bedrohte in der Altstadt zu gewissen Stunden des Tages oft noch mehr wie vor dem Fallen der Basteien die Sicherheit des Lebens.

Der Stadterweiterungsfond hatte es, wie schon erwähnt wurde, ausserhalb der Sphäre seiner Verpflichtung erkannt, in die Regulirung des alten Stadtheiles einzugreifen, in der Besorgniss, durch eine Zersplitterung seiner Geldmittel, die ihm zugefallenen Hauptaufgaben ungelöst lassen zu müssen. Er überliess diesen Theil der Stadterweiterung der Gemeinde und unterstützte diese nur in besonderen Fällen. Angesichts der ausserordentlichen Geldsummen, welche die Strassenerweiterungen und die Häusereinlösungen bei der Regulirung der Altstadt erforderten, konnte sich diese nur allmählig vollziehen. Einzelne Passagierweiterungen nahm die Gemeinde schon früher mit bedeutenden Kosten vor, wie jene am Heidenschuss (1856),

am Hafnersteig (1857), am Fischmarkt und am Ausgang der Wallnerstrasse in die Strauchgasse (1858) u. s. w. Noch grössere Opfer brachte die Gemeinde seit dem Jahre 1860. Sie erweiterte 1861 die Bognergasse und begann im Jahre 1864 mit der Erweiterung der Kärnthnerstrasse vom Stock-im-Eisenplatze aus durch den Abbruch des Dusl'schen Hauses. Im Jahre 1866 folgte der gänzliche Abbruch der Häuser zwischen dem Graben, dem Stock-im-Eisenplatz und der Goldschmidgasse, deren Ankauf allein fl. 1,735.000 kostete, 1868 die Regulirung des Katzensteiges, 1868 und 1874 die Eröffnung der Spiegel- und der Seilergasse als Parallelstrasse mit der Kärnthnerstrasse, 1872—1873 der Abbruch der Brandstätte am Stefansplatz, des Gundelhofes und des Margarethenhofes am Bauernmarkt, 1875 die Erweiterung der Jungferngasse, 1877 die Erweiterung des Lugeck und der Rothenthurmstrasse, 1878 und 1879 die Erweiterung der Bräuner- und der Habsburgergasse, 1880 die Erweiterung der Passage zwischen dem Hof und dem Judenplatze, ferners jene der Singerstrasse, 1881 die Erweiterung der Goldschmidgasse, 1885 die Demolirung des alten Polizeigefangenhauses mit den angrenzenden Häusern in der Sterngasse, die Erweiterung der Wipplingerstrasse und Schulerstrasse und 1887 die Erweiterung des Stock-im-Eisenplatzes. Diese Strassenregulirungen (in der inneren Stadt) verursachten der Gemeinde seit dem Jahre 1848 eine Auslage von fl. 3,867.600, welche umsomehr ins Gewicht fällt, als ja auch die Verbesserung des Verkehrs in den Vorstadtbezirken und andere grossartige Unternehmungen durchzuführen waren.

Eine so mächtige Baubewegung, wie jene in der inneren Stadt, musste, weil sie auf politischen, wirtschaftlichen und socialen Grundlagen fusste, auch grosse bauliche Veränderungen in den Vorstadtbezirken hervorrufen.

Die weitaus bedeutendsten Umgestaltungen erfuhr der Bezirk Leopoldstadt. Noch im Jahre 1848 standen in der Brigittenau und in Zwischenbrücken fast nur hölzerne Hütten mit Küchengärten, eine kleine Capelle und ein Jägerhaus. In den Auen und auf den Wiesen der Brigittenau feierten die Wiener jährlich auf improvisirten Tanzböden und in Buschenschänken das volkstümliche Kirchweihfest. Eine grössere Ansiedlung bildete blos das »Universum«, ein ausgedehntes Vergnügungslocal mit Schaustellungen. Die Leopoldstadt wies grosse unverbaute Grundflächen aus. Im Prater hielt der Hof Jagden ab. Nach dem Marchfelde führte über die grosse Donau nur eine hölzerne Fahrbrücke, welche nicht selten bei Hochwasser oder

Eisgängen stark beschädigt wurde. Seitdem S. Eckstein vom Stifte Klosterneuburg über einen beträchtlichen Theil der Brigittenau das Grundeigenthum erworben hatte, vermehrten sich allerdings die Gärtnerhäuser, weil Ersterer Parcellen zu billigen Preisen verpachtete. Aus diesem Vorgange entstanden aber hier wie in Zwischenbrücken ganz ungerregelte Zustände. Die Pächter erbauten ohne Bewilligung der Behörde Häuser, bis endlich die Gemeinde zur Anbahnung der Regulirung dieses Stadttheiles nach langen Unterhandlungen im Jahre 1858 die Eckstein'schen Gründe und jene des Stiftes Klosterneuburg ankaupte und auf Grundlage eines von L. Förster im Jahre 1864 ausgearbeiteten Planes einen neuen Stadttheil anlegte, welcher in kurzer Zeit nach der Herstellung neuer Strassenzüge, der Inangriffnahme grosser öffentlicher Bauten und nach dem Entstehen der Fabriken und Werkstätten der Nordwestbahn und der Kaiser Franz Josefsbahn einen so grossen Aufschwung nahm, dass die österreichische Baugesellschaft die Brigittenau zum Objecte grosser Bau-speculationen gemacht hatte.

Von weitaus grösserer Bedeutung nicht allein für die Entwicklung der Leopoldstadt, sondern für ganz Wien war aber die Ausführung der Donauregulirung. Dieses grossartige Werk, an dessen Zustandekommen drei Männer: Engerth, Caj. Felder und Eduard Suess hervorragenden Antheil haben, hatte zunächst den Zweck, das Leben und das Eigenthum der an den Ufern der Donau lebenden Bevölkerung dauernd zu schützen, die grösste Wasserstrasse des Reiches dem Mittelpunkte Wiens näher zu bringen, den Waarenhandel zwischen dem Orient und Occident neuerdings mächtig zu beleben und den alten Gedanken zu verwirklichen, am Ufer des regulirten Strombettes einen neuen, für die Bedürfnisse des Handels und der Industrie geeigneten Stadttheil zu gründen.

Reich, Land und Stadt theilten sich in die Kosten. Nach Abbauung der Nebenarme ergoss sich die Donau in der Nacht am 15. auf den 16. April 1875 zum erstenmale in das neue, 1000 Fuss breite, von Nussdorf bis Stadlau reichende Hauptbett. Am 30. Mai 1875 eröffnete der Kaiser feierlich den Schiffahrtsverkehr. Gleichzeitig fand auch die Regulirung des Donaucanals und die Einsetzung eines eisernen Schwimmthores statt, damit die an dem ersteren gelegenen Vorstadtbezirke bei Eisgängen gegen Ueberschwemmungen vollständig geschützt wurden. Seither wurde die Stromregulirung auf die Strecke von der Einmündung der Isper bis Nussdorf und von Fischamend bis Theben ausgedehnt.

An der Stelle versandeter Flächen, wüsten Gestrüppes und unbenützbarer Bette der Donau erhob sich ein neuer Stadttheil mit einem Flächenraume von 231^h 48^a für Wohngebäude.

Mit der Verbauung der »Donaustadt« begann die Nordbahn durch Erwerbung einer Grundfläche von 41.584 Quadratklafter zur Erweiterung ihres Bahnhofes. Als nach der Vollendung des neuen Strombettes dreizehn Baugesellschaften sich verpflichtet hatten, innerhalb von vier Jahren 200 Häuser zwischen der Kronprinz Rudolfstrasse und der Ausstellungsstrasse aufzuführen, stand ein rasches Emporblühen der Donaustadt in Aussicht. Die Börse- und Handelskrisis des Jahres 1873 vernichtete aber diese Hoffnungen. Es wurden seither zwar mehrere grosse Fabriken und Magazine erbaut; die Privatgebäude aber vermehrten sich in nur mässiger Zahl. Im Ganzen waren bis Ende 1887 erst 43^h Grundfläche verkauft. Grössere Fortschritte machten die Ansiedlungen am linken Ufer nächst der Reichsbrücke, »Kaisermühlen« genannt. Hier hatten die Grundbesitzer in der Brigittenau und in Zwischenbrücken, deren Häuser in das Gebiet des neuen Strombettes gefallen waren, Plätze und Geld zur Erbauung neuer Wohnstätten erhalten.

Der grosse internationale Wettkampf auf dem Gebiete der Industrie im Jahre 1873, welcher den Zusammenfluss von Millionen Besuchern im Prater zur Folge hatte, nahm wesentlichen Einfluss, dass auch in dem Gebiete der früheren Vorstadt Leopoldstadt grosse Veränderungen vorfielen. Die Gemeinde machte im Interesse des Verkehrs kostspielige Häusereinlösungen, wie jene des Schwanenhauses an der Ecke der Tabor- und Praterstrasse, Reconstructions der Wallensteinstrasse, der Ausstellungs- und der Schüttelstrasse. Der Prater selbst wurde wesentlich umgestaltet. Im oberen Theile entstanden zu beiden Seiten der Hauptallee schöne, parkähnliche Anlagen. Von den zahlreichen Nebengebäuden der Weltausstellung verblieben die grossartige Rotunde für Ausstellungszwecke, die Kunstpavillons zu Bildhauer-Ateliers und die Maschinenhalle zur Errichtung eines Lagerhauses. Im sogenannten »Wurstelprater«, dem Lieblings-Erholungsorte der unteren Classen der Bevölkerung seit Kaiser Josef II., errichteten die Pächter an der Stelle der alten unansehnlichen Bretterbuden und Schauläden solid gebaute Wirthschaften, Theater, Circus, Panoramen und verschiedene andere Schaustellungen. Der untere Theil des Praters verlor seine Bestimmung als kaiserliches Jagdgebiet. Die Freudenau, schon im Jahre 1862 so stark bevölkert, dass die Errichtung einer Volksschule nothwendig geworden war, erhielt eine grosse Rennbahn.

In der Leopoldstadt selbst verschwand der grösste Theil der noch bestandenen grossen Gärten und Grundcomplexe, wie der Miesbach'sche Besitz auf der Haide, die sogenannte Wolfsgrube in der Taborstrasse, der Wachtelgarten nächst dem Augarten, die Gärten im Volkert, jene des Forsthauses in der Praterstrasse, die grossen Grundflächen in der Pragerstrasse, zwischen der oberen und unteren Augartenstrasse, der Pazmanitengarten, die Beywasser'schen Gründe bei der Taborlinie u. s. w. In der Schüttelstrasse nächst der Sofienbrücke wurden Grundflächen vom Prater abgelöst und zur Erbauung von Villen verwendet.

Diesseits des Donaucanals veränderten sich im Bezirke Landstrasse wesentlich die früheren Vorstädte Weissgärber und Erdberg. Beide hatten unmittelbar vor dem Jahre 1848 noch ein ländliches Gepräge. Auf weite Strecken hin erblickte man zwischen kleinen, vereinzelt gelgenen Häusern fast nur Gemüse- und Obstgärten. Ein Theil der Weissgärber-Lände, mit Holz- und Kohlen-Legstätten angefüllt, erinnerte durch die Bezeichnung »Arme Sünder-Strasse« an die Zeit der Hexenverbrennungen auf der Gänssweide und die Hetzgasse an die bis Ende des vorigen Jahrhunderts hier abgehaltenen Thierhetzen. Mit der inneren Stadt war Weissgärber nur durch eine hölzerne Brücke in Verbindung. Die von der Landstrasse abgeleiteten Viehtransporte verursachten bei der Enge der Weissgärberstrasse stets Schrecken unter den Bewohnern. In Erdberg war nur der höher gelegene Theil stärker bevölkert. Hier lagen das Rüdenhaus, in alter Zeit von dem landesfürstlichen Jagdpersonale bewohnt, die Besitzungen der Grafen Rasumoffsky und D'Orsay, die wällischen Gärten, der Augustinergarten, der Paulusgrund auf der Höhe, in welchen Gebieten die alte Hausgenossenschaft der Gärtner eine wichtige Rolle gespielt hatte. — In der Vorstadt Landstrasse gab es am linken Ufer des im Jahre 1797 erbauten Wiener-Neustädter Canals, von der Gerlgasse aufwärts, nur Wiesen, Aecker und öde, als Sandgestätte benützte Grundflächen, die man im Jahre 1817 zu einer Art Cottage-Anlage verbauen wollte, ebenso am Canale abwärts bis gegen das Glacis breite unverbaute Uferstrecken. An der Stelle des heutigen Eisplatzes lag der Canalhafen.

Zuerst nahm die Vorstadt Weissgärber einen beträchtlichen Aufschwung. Seit dem Jahre 1843 erhob sich hier das neue Hauptzollamt. Schon im Jahre 1848 bestand die Absicht, von letzterem aus mitten durch die Vorstadt eine Eisenbahnverbindung mit der Nordbahn herzustellen. Zu einem besseren Verkehre mit der Stadt be-

durfte es nur der Verlegung der Holzgestätten und des Baues einer stabilen Brücke. In dem Bestreben, ihre Vorstadt zu heben, richteten deren Bewohner im Jahre 1852 an den Kaiser die Bitte, dass erstere den Namen Franz Josef-Stadt annehmen dürfe. Den Gemeinderath baten sie um Feststellung eines Regulierungsplanes, Verlegung der Holzstätten, Umwandlung der Filiale in eine selbständige Pfarre, Erbauung einer neuen Kirche und einer steinernen Brücke. Wenn auch der Kaiser die Umänderung der Benennung der Vorstadt im Hinblick auf das Gemeindestatut nicht gewähren konnte, so gingen doch die übrigen Wünsche der Weissgärber in Erfüllung. Bald entstanden neue Strassen und Plätze, in welchen sich Fabriken, Magazine, öffentliche Gebäude und Wohnhäuser erhoben. Die Gemeinde erbaute die Radetzkybrücke und die St. Othmar Pfarrkirche. — Etwas später regte sich die Baulust in Erdberg. Hier gelangten die am Donau-canale gelegenen Grundflächen, die Fischer'sche Besitzung, die an das Liechtenstein'sche Palais anstossenden Gartengründe, die wällischen Gärten, der Augustinergarten und andere zahlreiche Grundflächen zur Verbauung, welche die Herstellung neuer und die Erweiterung der bestehenden Strassenzüge zur Folge hatten.

Auf der Landstrasse, dem einstigen Sitze der schönsten Paläste und Landhäuser, der ausgebreitetsten Lust- und Ziergärten, hatten der Bau des k. k. Arsenal, der Verbindungsbahn im Bette des innerhalb der Linien aufgelassenen Neustädter Canals und der Wien-Aspangbahn, die Parcellirung des Schützenhauses, des Sanguini'schen Gartens, des fürstlich Metternich'schen Parkes, der Grundflächen des Hofspitals beim botanischen Garten, beim Sofienbade und hinter der Heumarktkaserne u. s. w. erhebliche topographische Veränderungen herbeigeführt. Insbesondere erhielt der Rennweg eine stattliche Reihe neuer Paläste und Familienhäuser, Klöster, Erziehungsanstalten und Spitäler.

Der Bezirk Wieden war nach der Gemeindeordnung vom Jahre 1850 nächst der Leopoldstadt das ausgedehnteste Gebiet. Seine Grenzen reichten weit über die Linienwälle hinaus, indem sie von Simmering in einem Bogen ausgreifend, längs des Laaer- und Wiener Berges sich hinzogen. Dichter verbaut war aber im Jahre 1848 nur der grössere, gegen das Glacis und an den drei Hauptstrassen gelegene Theil der Vorstadt Wieden. An der Wien zu beiden Seiten des Mühlbaches, in der Favoritenstrasse, zwischen der Allee- und der Heugasse, im Holzhof, im Phorus, in der erzbischöflichen Mühle und im sogenannten abgebrannten Hause gab es noch grosse, nicht

verbaute Grundcomplexe. Der übrige Theil dieser Vorstadt zwischen der Theresianumgasse und dem Linienwalle, die sogenannte Sandgestätte, wurde erst im Jahre 1845 parcellirt.

Noch geringer waren die Vorstädte Matzleinsdorf, Hundsthurm, Margarethen, Schaumburgerhof, Reinprechtsdorf und Nicolsdorf, Bestandtheile des Bezirkes Wieden, baulich entwickelt. Dasselbst standen Häuser fast nur an den gegen die Stadt zu führenden Hauptstrassen. Zwischen der Favoriten- und Matzleinsdorferstrasse, der letzteren und der Griesgasse, der Hundsthurmerstrasse, der oberen Bräuhausgasse, der Siebenbrunnungasse und der Matzleinsdorferstrasse lagen auf weiten Strecken ausgedehnte Grundflächen ohne Verbindungsstrassen. Die ganze Siebenbrunnerwiese bedeckte, abgesehen von zwei bis drei Wohnhäusern, nur Aecker, Wiesen und Gemüsegärten. Heute ist der überwiegend grössere Theil dieser Grundflächen verbaut.

Ausserhalb der Favoritenlinie, der Belvedere-, Matzleinsdorfer- und der Hundsthurmerlinie bestanden wohl schon vor dem Jahre 1848 längs der Himbergerstrasse und an der Laxenburgerstrasse einzelne ältere Ansiedlungen, wie der Rothenhof (seit 1803), das Landgut (seit 1803), der Schrotthurm (seit 1825), der Steudel'sche Gasthof (seit 1832) und einige andere Wohnhäuser, deren Flächenraum aber im Vergleiche zu dem ganzen, zum Wiener Gemeindegebiete gehörigen Umfange von nahezu 626 Hektaren nicht in Betracht kam. Das Landgut war seit 1834 ein gern besuchter Vergnügungsort der Wiener, in welchem Lanner und Fahrbach Concerte und Bälle veranstaltet hatten; neben der Denksäule »Spinnerin am Kreuz« war der Standplatz des Hochgerichtes. Von hier bis Simmering breiteten sich, soweit das Auge reichte, Wiesen, Aecker und Ziegelöfen aus. Erst seit dem Jahre 1840 trat ein Wendepunkt in der Entwicklung dieses Stadttheiles ein. Vor der Belvederelinie erhob sich der Hauptbahnhof der Wien-Gloggnitzer und Brucker Eisenbahn, im Jahre 1856 das k. k. Arsenal und im Jahre 1870 der neue Bahnhof der k. k. Staatseisenbahn-Gesellschaft mit seinen ausgedehnten Werkstätten, bald darauf wurden hier auch bedeutende Fabriken, Magazine und Waaren-Legstätten angelegt. Diese Anlagen steigerten die Bedeutung dieses Stadttheiles für den Verkehr und die Industrie und es machte sich ein starkes Bedürfniss an Wohnungen für Gewerbsleute, Beamte und Arbeiter geltend, welches mit der Theuerung der Wohnungen innerhalb des Verzehrungssteuergebietes immer lebhafter wurde.

Angesichts der starken Entwicklung des Bezirkes Wieden wurde im Jahre 1866 jener Theil des Bezirkes, welcher nach der Breite von der Kettenbrückgasse durch die Kleine Neugasse über den Mittersteig, dann durch die Piaristen-, Ziegelofen- und Blecherne Thurm-gasse über den Linienwall bis zur Ecke des Matzleinsdorfer Friedhofes führt, abgetrennt und daraus der Bezirk Margarethen gebildet. Als im Jahre 1874 auch die Bevölkerung des vor der Favoritenlinie gelegenen Stadttheiles die Höhe von 25.700 Bewohnern erreicht hatte, erfolgte die Bildung eines selbständigen Bezirkes Favoriten. Nur die links vor der Hundsthurmer Linie gelegenen und zum Wiener Burgfrieden gehörigen Aecker und Wiesen, die sogenannten Meidlinger und Lainzer Felder, verblieben beim Bezirke Margarethen.

Im Bezirke Mariahilf, welcher die Vorstädte Gumpendorf, Laimgrube, Mariahilf, Windmühle und Magdalenengrund umfasste, kamen seit dem Jahre 1848 die Grundflächen längs des Linienwalles von der Mariahilfer Linie bis gegen den Wienfluss, der Ziegelofengrund in der Steingasse, die Leistler'sche Realität in der Gumpendorferstrasse, die Hofmühle, der Sonnenuhrhof, der Jesuitenhof, das Hôtel Kreuz, Besitzungen in der Kaserngasse, zwischen der Hofmühl- und der Sandwirthgasse, am Hahnberg und am Getreidemarkt u. s. w. zur Verbauung.

Wenig Anlass zu Grundabtheilungen boten die Bezirke Neubau und Josefstadt, weil diese schon in früherer Zeit nahezu vollständig ausgebaut waren.

Der Bezirk Alsergrund, zu welchem die Vorstädte Alsergrund, Rossau, Lichtenthal, Althan, Michelbaiern, Himmelfortgrund und Thury gehörten, erfuhr dagegen grössere Veränderungen. Es verschwanden in den Jahren 1855 die Holzlegstätten zwischen der Bergstrasse und Esplanadestrasse. An deren Stelle erhob sich »Neu-Wien«. Auf dem zwischen der Lazarethgasse, der Spitalgasse und dem Linienwalle gelegenen Bründlfeld und auf einem Theile der Schauenstein'schen Grundflächen wurden die Landes-Irrenanstalt, das allgemeine Versorgungshaus und die grosse Sigl'sche Maschinenfabrik und daran anstossend mehrere Privathäuser erbaut. Die Währingerstrasse, die ungefähr von der Sensengasse bis zu der über den Alsbach führenden steinernen Brücke in einen Hohlweg abfiel, wurde in den Jahren 1848 bis 1850 derart regulirt, dass das Niveau gehoben und in gerader Richtung über die mit Wäscherhütten bedeckte sandige Fläche gegen die Linie zu fortgesetzt wurde. Auf

dem Boden des Lazareth erhoben sich das Bürger-Versorgungshaus und das neue Gemeindehaus. In die Jahre 1866/67 fällt die Regulirung der früher steil ansteigenden Nussdorferstrasse. Zu den grösseren Realitäten, welche die Eröffnung neuer Strassenzüge herbeiführten, gehören das gräflich Althan'sche Palais, das fürstlich Liechtenstein'sche Brauhaus, der Pasqualatische Garten, mehrere Besitzungen in der Porzellangasse, in der Liechtensteinstrasse, zwischen der Seegasse und Alsbachstrasse, in der Rothenlöwengasse und an der Rossauerlande —

Unsere Darstellung der baulichen Neugestaltung Wiens, welche bei dem gewaltigen Umfange des Stoffes an sich auf Vollständigkeit keinen Anspruch erheben kann, würde aber noch lückenhafter sein, wenn wir die Erweiterung und die Vergrösserung der alten Häuser unberührt liessen, weil durch diese ebenso wie durch die Häuser am grünen Anger der Umbau unserer Stadt grosse Fortschritte machte. Eine Folge dieser Bauthätigkeit waren aber keineswegs nur das Wachsthum der Bevölkerung, sondern auch die Concurrenz mit den Neubauten, die veränderten Wohnungsbedürfnisse und die ausserordentlichen Steuerfreiheiten in den Jahren 1859 bis 1869. Die Concurrenz mit den Neubauten bestand darin, dass die alten Häuser, vorzüglich jene in der inneren Stadt, durch die geringere Bequemlichkeit, Gesundheit und Feuersicherheit im Werthe fielen. Die Aenderung in den Wohnungsbedürfnissen zeigte sich bei den Wohlhabenden wie bei den Armen in der Zahl und dem Fassungsraume der Wohnungen. In der Blüthezeit der Baubanken und später durch den Speculationsgeist der Baumeister und der anderen erwerbslustigen Personen ging man förmlich auf die Suche nach alten Realitäten. Und als vor einigen Jahren in der Stadt ein altes Haus eingestürzt war, drang die Baubehörde mit grösster Strenge auf den Umbau von Häusern, deren Zustand etwas bedenklich erschienen war.

Die ganze Baubewegung war keine gleichmässig anhaltende. Wiederholt traten Schwankungen in auf- und absteigender Richtung ein, wie es bei Wien, dessen Emporblühen von politischen und wirthschaftlichen Verhältnissen abhängig ist, nicht anders sein konnte. In ersterer Zeit hatte die Regierung für die starke Hebung der Baulust durch ausserordentliche Steuerfreiheiten Sorge getragen. Die Wirkung dieser Begünstigungen, welche bis Ende des Jahres 1869 dauerten, war, dass bis zum letzten Zeitpunkte in ganz Wien 1525 Häuser neu und 2836 Häuser umgebaut wurden,

während deren Zahl in den Jahren 1848 bis 1859 erstere 381, letztere 1302 Häuser betruhen. In den Jahren 1863 bis 1866 war in Folge des plötzlichen Ueberflusses an grossen und kostspieligen Wohnungen auf der Ringstrasse, der Theuerung der Baumaterialien, der Gerüchte über die neuerliche Befestigung Wiens, der Enttäuschung mancher Bauherren über das Ertragniss ihrer Häuser und selbst in Folge der ungünstig gewordenen politischen Verhältnisse ein zeitweiliger Rückschlag in der Baubewegung eingetreten.

Zweifellos wäre nach dem Jahre 1869 eine Krisis in den Baugewerben eingetreten, wenn nicht andere, die Bauthätigkeit belebende Elemente in die Bewegung eingetreten sein würden. Ein wichtiges Element bildete der grosse Aufschwung auf fast allen Gebieten der Industrie, des Handels und des Verkehrs und die durch die gesetzliche Erleichterung der wirthschaftlichen Association begünstigte Bildung von Baugesellschaften. Schon im Jahre 1864 wollte ein Wiener Bankhaus in Wien eine Baugesellschaft nach dem Vorbilde ähnlicher im Auslande bestehender Unternehmungen ins Leben rufen. Erst im Jahre 1869 brachten fast gleichzeitig die allgemeine österreichische Baugesellschaft und die Wiener Baugesellschaft diese Idee zur Ausführung, worauf in den Jahren 1870 und 1871 die Union-Baugesellschaft und der Wiener Bauverein folgten. Wenn von einem wohlthätigen Einflusse der Baugesellschaften auf die Bauthätigkeit in Wien gesprochen werden kann, so kommen aber fast nur ersterwähnte Gesellschaften in Betracht. Die Mehrzahl der übrigen vierzig Gesellschaften, welche bis Ende October des Jahres 1873 in Wien gegründet wurden, waren Producte des Börseschwindels in Grund- und Häuserwerthen, Lockrufe für Menschen, welche auf dem Wege der Geldspeculation zu Reichthümern gelangen wollten.

Selbst nach dem Jahre 1873, als der Unternehmungsgeist erlahmt war, setzten erstere Gesellschaften — wiewohl in beschränktem Masse — ihre Thätigkeit fort. Insbesondere war es die Wiener Baugesellschaft, welche sich mit der Erbauung von Wohnhäusern auf eigene Rechnung beschäftigt hatte. Im Ganzen verbauten in den Jahren 1869 bis 1886 die erst erwähnten Baugesellschaften im Wiener Gemeindegebiete mehr als 120.000 Quadratmeter für 201 Privathäuser, wovon auf die innere Stadt allein 51.608 Quadratmeter entfielen. Im Allgemeinen fühlbar wurde der Rückschlag der grossen Krisis des Jahres 1873 auf die Privatbauthätigkeit aber erst vom Jahre 1876 an mit der Dauer bis ungefähr zum Jahre 1882. Es

war ein Glück für die Baugewerbe, dass damals eben die grossen öffentlichen Bauten im vollen Gange waren. Seit dem Jahre 1883 stieg wieder erheblich der Unternehmungsgeist durch die relative Besserung der wirthschaftlichen Verhältnisse.

Ein wichtiger Moment der Hebung der Baulust waren auch die bautechnischen Fortschritte und die Bauordnungen der Jahre 1859, 1868 und 1883, indem diese die Bauführung erleichterten. In ersterer Hinsicht gehören hierher die ausgedehnte Anwendung der Eisenconstructions bei Gewölben und bei den Decken der obersten Geschosse, die Fabrication der Ziegel mittelst Dampfkraft, die Anwendung geschlemmter Ziegel, des hydraulischen Kalks, der Terracotten und Zinkornamente. Die neuen Bauordnungen verringerten das Mass der Mauerziegel, die Stärke der Haupt- und Nebenmauern und den Umfang der Haushöfe. Die meisten Häuser erhielten feuersichere, bequeme und lichte Stiegen und Verbindungsgänge, erhöhte und gut ventilirte Wohnungen zu ebener Erde und unter dem Strassen-niveau. Die Benützung der Dachböden zu Wohnungen und zur Aufspeicherung von Brennmaterialien wurde untersagt. Hauscanäle mussten vollständig wasserdicht hergestellt werden. Den Architekten gestatteten die Bauordnungen eine freiere Bewegung bei der Decorirung der Façaden, die Anbringung von Balconen, Säulenportalen, Erkern und erhöhten Eckpavillons. In den Wohnungen verschwanden die schließbaren Rauchfänge, die Mantelgewölbe und die offenen Herde, welche Rauchbelästigung in den Küchen und in den anstossenden Zimmern zur Folge hatten. An die Stelle der alten Rauchfänge traten die sogenannten russischen, welche diese Uebelstände beseitigten und zugleich die Anwendung der Kohlenheizungen erleichterten. Gemeinsame, von den Wohnungen weit entfernte Aborte wurden weniger und diese überhaupt thunlichst mit den Wohnungen in Verbindung gebracht. Die Einleitung der Hochquellenleitung bis in die obersten Stockwerke und in die Wohnungen förderte ausserordentlich die Reinlichkeit und Gesundheit. In jüngster Zeit tragen auch Personen- und Lastenaufzüge zur Bequemlichkeit der Bewohner der obersten Stockwerke bei.

Ebenso wurden die neuen Bedürfnisse in der Anordnung der Wohnräume berücksichtigt. In den Strassen, welche sich für den industriellen und Handelsverkehr besonders eigneten, erhielten die Häuser hohe Verkaufsräume, Localitäten zu Magazinen und Niederlagen, und zwar derart eingerichtet, dass sie nach ihrer Höhenlage abgetheilt und die oberen Räume zu Comptoirs oder

Werkstätten verwendet werden konnten. Auf einer verhältnissmässig kleinen Grundfläche wurden mehr Wohnräume wie früher geschaffen, damit diese für eine grössere Anzahl von Familienmitgliedern benützt und das Erträgniss der Häuser gesteigert werden konnte. Während früher Vorzimmer und Dienstbotenzimmer nur bei Wohnungen für die wohlhabenden Classen der Bevölkerung bestanden, finden wir erstere häufig auch bei kleineren Wohnungen. Mindestens Vorzimmer entbehren selbst unbemittelte Familien schwer. Flügelthüren, Parquetten, zum Theile elektrische Signale und Gasbeleuchtung erhöhen die Schönheit und die Bequemlichkeit der Wohnungen.

Die neue Baugesetzgebung sorgte auch für die Anlage solcher gewerblicher Betriebsstätten, welche die Benützung der Dampfkraft und die Verwendung von Gaskraft und Heissluftmaschinen nothwendig machen. Bei Industriebauten in isolirter Lage wurden den Bauherren sowohl in Bezug auf die Wohnräume als auch auf die Werkstätten Constructionen und Baumaterialien nach eigener Wahl gestattet, nur wurden sie für die Festigkeit und die Anwendung der nöthigen Vorsichtsmassregeln verantwortlich gemacht. Wesentliche Erleichterungen traten bei Industriebauten in nicht isolirter Lage ein. Und als trotz der massenhaften Zahl neuer Häuser Kleingewerbetreibende, kleine Beamte und Arbeiter keine ihren Einkünften entsprechende Wohnungen fanden, für die Bedürfnisse der Armen gar nicht oder nur ungenügend vorgesorgt war und die Uebervölkerung kleiner Wohnungen anhielt, da schufen die Bauordnungen auch Begünstigungen für Häuser mit billigen Wohnungen, von welchen jedoch aus verschiedenen Ursachen innerhalb der Linienwälle fast gar nicht Gebrauch gemacht wurde. —

Durch die natürlichen Folgen aller jener Momente, welche das Emporblühen Wiens beeinflussten, traten an den Staat, die Gemeinde, private Associationen und an die einzelnen Bürger in baulicher Hinsicht zahlreiche, den schöpferischen Geist mächtig anregende Aufgaben heran, deren Lösung — im Geiste der vom Kaiser inauguirten Neugestaltung — unserer Stadt das Gepräge einer hervorragenden Kunst- und Culturstätte des europäischen Ostens gaben.

Der Kaiser selbst errichtete Denkmale zu Ehren des Erzherzogs Karl, des Prinzen Eugen v. Savoyen und des Feldmarschalls Fürsten v. Schwarzenberg, er erbaute das Sühnhaus am Schottenring, förderte durch erhebliche Beiträge die Restauration des St. Stephansdomes, den Bau von Kirchen und humanitären In-

stituten, sowie die Errichtung anderer öffentlicher Denkmale. Der Stadterweiterungsfond übernahm den Neubau der Hofburg, der Hofmuseen, des Hofopertheaters und Hofburgtheaters und der mit diesen Theatern in Verbindung stehenden Nebengebäude, die Errichtung des Maria Theresia-Monumentes, den Bau der Aspernbrücke, des Brunnens an der Augustinerrampe, welche Werke mit anderen kleinen Herstellungen Ende 1887 von den gesammten Auslagen des Stadterweiterungsfondes pr. 46,500.000 fl. eine Summe von fl. 28,317.000 in Anspruch genommen hatten. Er leistete Beiträge zum Baue der Votivkirche mit fl. 945.000 und des Rudolfsspitals mit fl. 465.000, zur Ausschmückung der Elisabethbrücke, zur Errichtung von Denkmalen für Friedrich Schiller, L. van Beethoven und Wolfgang A. Mozart, für die Befreiung Wiens von den Türken im Jahre 1683 den Bürgermeister Andreas v. Liebenberg u. s. w. in der Gesamtsumme von fl. 1,500.000. Der Staat betheiligte sich an der Neugestaltung Wiens durch den Bau des Reichsrathsgebäudes, des Arsenal, mehrerer Kasernen und militärischer Anstalten, des Justizpalastes, der Universität, der chemischen, anatomischen und pathologischen Institute, durch den Bau der Sternwarte, des österreichischen Museums für Kunst und Industrie, mehrerer Mittel- und Gewerbeschulen und anderer Unterrichtsanstalten, durch die Gründung des Rudolfsspitals, durch die Erweiterung des Krankenhauses auf der Wieden, den Bau eines neuen Spitals an der Triesterstrasse und durch erhebliche Beiträge zur Restauration des St. Stephansdomes.

Rastlos schaffend und wirkend griff die Gemeinde auf allen Gebieten des städtischen Lebens ein.

In Bezug auf die Strassenpflege war der wichtigste Fortschritt, dass die Gemeinde alle Reichs- und Landstrassen, alle Reichsbrücken innerhalb des Verwaltungsgebietes in das Eigenthum übernahm und auf eine immer grössere Ausbreitung der gepflasterten Strassen Bedacht nahm. Während noch im Jahre 1848 in den Vorstadtbezirken fast nur die Hauptstrassen und noch im Jahre 1870 im ganzen Gemeindegebiete erst zwei Drittheile der Strassen gepflastert waren, betrug das Ausmass im Jahre 1887 bei einer auf 5,040.000 Quadratmeter gestiegenen Gesamtfläche bereits 3,065.676 Quadratmeter.

Nach den verschiedensten Versuchen zur Verbesserung des Pflasterungs-Materials brachte die Gemeinde in Strassen mit günstigen Niveauverhältnissen anstatt der Geräusch erzeugenden Granitwürfel bituminösen Kalkstein, in einzelnen Fällen auch Holzstöckeln

in Anwendung. Die Trottoirs erhielten ausser den Granitwürfeln auch Granitplatten, Klinkersteine und Asphaltdecken. Die macadamisirten Strassen wurden durch Herstellung einer dichteren Verbindung des Schottermaterials verbessert.

Die Brücken über den Donau canal und den Wienfluss wurden theils durch Steinbauten, theils durch Eisenconstructions erneuert und vermehrt. Ueber den Donau canal entstanden aus den Mitteln des Stadterweiterungsfondes nur die Aspernbrücke, aus jenen des Staates die Franzenskettenbrücke und die Brücke der Verbindungsbahn; alle übrigen Verbindungen, wie die Brigittabrücke, die Augartenbrücke, die Stefaniebrücke, die Sofienkettenbrücke erbaute die Gemeinde. Noch bedeutender waren die Veränderungen in den Brücken über den Wienfluss. Bis zum Jahre 1848 gab es hier innerhalb des Gemeindegebietes nur zwei steinere Brücken, nämlich jene vor dem Kärnthnerthor und dem Stubenthor, welche aus dem Mittelalter stammten, einen gegen den Naschmarkt führenden Gehkettensteg und eine Fahrkettenbrücke bei der Kettenbrückengasse. Die übrigen Verbindungen waren meist hölzerne Gehstege, so dass auf weiten Strecken nur ein nothdürftiger und zeitraubender Wagenverkehr zwischen den an den Ufern des Flusses sich ausbreitenden Vorstädten möglich war.

Der Wienfluss selbst, bei trockener Witterung zu einem kleinen Bache zusammenschumpfend und bei starken Regengüssen im Wienerwald zu einem verheerenden, seine Ufer überschreitenden Wildbache anschwellend, hatte kein regelmässiges Gerinne, war durch Wehren zur Speisung der anstossenden Mühlbäche in seinem Laufe gehemmt und erfüllte in den Sommermonaten die Atmosphäre in Folge der Einleitung und Ablagerung von Abfällen jeder Art mit den übelsten, der Gesundheit nachtheiligen Gerüchen. Zur Verbesserung des Zustandes des Wienflusses löste die Gemeinde die Wasserrechte der Mühlenbesitzer ein, damit die Mühlbäche abgebaut und die Wehren beseitigt werden konnten; die Ufer erhielten gegen Einbrüche bei Hochwässern Steintalouds, der Lauf des Flusses selbst innerhalb des breiten Bettes ein geregeltes Gerinne. Drei neue steinerne Bogenbrücken, acht neue eiserne Gitter- und Kettenbrücken und zwei hölzerne Brücken verbesserten den Verkehr mit der Stadt und den Vorstädten.

Die grösste opferwillige That der Gemeinde war der durch die grossmüthigen Schenkungen des Kaisers und des Grafen Hoyos-Sprinzenstein unterstützte Bau der Franz Josef-Hochquellenleitung. Innerhalb drei Jahren (1870—1873) wurde in der Länge von drei

zehn Meilen ein steinerner Aquäduct erbaut, welcher die in den Alpen gelegenen Quellen des Kaiserbrunnens und bei Stixenstein in vier nach Wien gelegenen Reservoirs leitet, von hier durch ein 281.856 Meter langes eisernes Rohrnetz in alle Theile der Stadt, in einzelne Vororte und in die Höfe und Stockwerke der Häuser vertheilt, ausserdem aber noch die Strassen bespritzt und die Canäle durchspült. Zur Erhöhung der Ergiebigkeit der Hochquellen in wasserarmen Wintermonaten erbaute die Gemeinde nachträglich noch ein grosses Schöpfwerk bei Pottschach, welches mit den Hochquellen vereint, nach Bedarf die täglichen Wassermengen um 600.000 Eimer aus dem in den Alpen entspringenden Schwarzaflusse vermehrt. Am 24. October 1873 fand die feierliche Inaugurirung des Werkes beim Hochstrahlbrunnen am Schwarzenbergplatz durch den Kaiser statt. Während die Wiener sich noch im Jahre 1872 mit einem täglichen Wasserquantum von 300.000 Eimern begnügen mussten, beträgt gegenwärtig der tägliche Wasserzufluss durchschnittlich im Winter 826.228 und in den Sommermonaten 1,153,149 Eimer. Und war auch in strengen Wintermonaten wiederholt die Ergiebigkeit der Quellen geringer, so gab es doch niemals eine solche Wassernoth wie früher, besonders in den hochgelegenen Vorstädten. Dabei erreichte die Gemeinde durch das treffliche Wasser eine wesentliche Verbesserung der Gesundheitsverhältnisse.

Erst nach Vollendung der neuen Wasserleitung konnte die Gemeinde der Verbesserung der Canalisation ihre Aufmerksamkeit zuwenden und zur Reinhaltung des Luftkreises durch eine ausreichende Bespülung der Canäle Sorge tragen. Sie verbesserte wesentlich die technische Anlage und das Gefälle und den wasserdichten Verschluss der Canäle und erbaute grosse Hauptcanäle, welche die Abfälle der Nebencanäle aufnehmen und in die Donau leiten.

An Stelle der Wiesenplätze und Alleen schuf die Gemeinde den Stadtpark, dessen Plan, von künstlerischer Hand entworfen, durch seine Gesträuchgruppen, seine Durchsichten, seine verschlungenen schattenreichen Pfade, seine farbenreichen Blumenparterres ein Lieblingserholungsort der Wiener wurde. Am rechten Wienflussufer legte sie einen grossen Kindergarten mit einem kleinen Wald von schattigen Bäumen und mit Wiesen und weiter aufwärts längs des Flusses schmalere schattige Gärten an. Ausserdem schuf sie noch grössere Gärten im Stadterweiterungsfondgebiete am Franz Josefs-Quai, vor dem neuen Rathhause und der Votivkirche und schmückte den

Beethovenplatz, den Schillerplatz, den Rudolfsplatz, den Börseplatz und den Schlickplatz mit kleinen Anpflanzungen. Zur Erholung der Bewohner der Vorstadtbezirke machte die Gemeinde die Gärten der von ihr angekauften Sommerpaläste des Fürsten Esterhazy in Maria-hilf und des Fürsten Schönborn in der Josefstadt der allgemeinen Benützung zugänglich, sie legte auch in den übrigen Bezirken Gärten und Kinderspielplätze an und liess die für den Verkehr nicht benöthigten Grundstreifen mit Bäumen bepflanzen.

Am rechten Ufer des neuen Donaubettes erbaute die Gemeinde ein grosses, aus zwei Abtheilungen für Männer und Frauen bestehendes Bad, mit einem Fassungsraum für 1250 Personen, am linken Ufer ein ausgedehntes Volksbad zur unentgeltlichen und in jüngster Zeit ein Volksbad im Bezirke Neubau zur entgeltlichen Benützung für die ärmeren Classen der Bevölkerung.

Das Interesse der Gesundheit erforderte es, dass die alten, ausserhalb der Linienwälle gelegenen Friedhöfe aufgelassen und nächst Kaiser-Ebersdorf ein Central-Friedhof für die Beerdigung aller Classen der Bevölkerung, ausgestattet mit Arkaden und Ruhestätten berühmter Männer, angelegt wurde.

Durch den Bau von 72 neuen Volksschulen und Gebäuden, die Erweiterung von sechs Schulgebäuden und den Bau von sechs Mittelschulen erfüllte die Gemeinde die ihr gesetzlich zugefallenen und freiwillig übernommenen Pflichten im Schulwesen. Die neuen Schulgebäude in ruhige Strassen verlegt, trennten vollständig Knaben und Mädchen und nahmen auf eine entsprechende Grösse der Lehrzimmer und Turnlocalitäten, auf Licht, Wärme, reine Luft und gutes Trinkwasser Bedacht. Zwei Muster-Schulhäuser wurden Vorbilder der Zweckmässigkeit für zahlreiche andere Städte. Während noch im Jahre 1867 kaum die Hälfte der Pfarrschulen ein eigenes Schulhaus hatte, sind heute von den 156 Volks- und Bürgerschulen nur elf in Privathäusern eingemietet.

In der Absicht, den Lebensmittelbedarf der immer zahlreicher werdenden Bevölkerung auf der Grundlage der freiesten Concurrenz zu sichern, den Verkehr zwischen Erzeugern und Verkäufern zu erleichtern, die Güte der Waare zu erhöhen und die Preise zu reguliren, erbaute die Gemeinde jenseits der Stubenthorbrücke an der Verbindungsbahn auf einer ihr vom Stadterweiterungsfonde überlassenen Grundfläche eine Central-Markthalle, welche im Jahre 1868 in eine Gross-Markthalle für den Verkauf von Lebensmitteln in grösseren und kleineren Quantitäten umgestaltet wurde. Zur theil-

weisen Beseitigung der offenen Märkte erhielten die innere Stadt, Wieden, Mariahilf, Neubau und Alsergrund Detail-Markthallen mit Umfassungswänden, theils aus Stein, theils aus Eisen, mit eisernen Dachconstructions, Marktständen, Ventilations-Einrichtungen und Kellerräumen. Am Donaucanal wurde ein Fischmarkt, im Bezirk Margarethen ein Pferdemarkt und ein Stroh- und Heumarkt eingerichtet. Nächst der St. Marxer Linie schuf die Gemeinde im Anschlusse an das Schlachthaus einen grossartig angelegten Schlachtviehmarkt mit Fassungsräumen für mehr als 5000 Rinder, 6000 Kälber, 12.000 Schafe, 9000 Schweine und mit Stallungen für 2500 Rinder. Die Nothwendigkeit von Entrepots zur Förderung des Handels und des Verkehrs, von Lagerräumen für den localen Bedarf und den Transitoverkehr des Getreides führte zur Umgestaltung der Maschinenhalle der Weltausstellung im Prater in ein Lagerhaus, welches durch Geleise mit der Donau-Uferbahn in Verbindung steht.

Für die Unterbringung von Kranken bei dem Ausbruch von Epidemien sorgte die Gemeinde durch den Bau eines Epidemiespitals an der Triesterstrasse und eines Barakenspitals auf der Siebenbrunnerwiese. Den Armen erbaute sie in Ybbs an der Donau und innerhalb der Stadt in der Währingerstrasse und in der Spitalgasse neue, mit den modernen Anschauungen der Humanität mehr im Einklange stehende Gebäude, mit gesunden luftigen Räumen und allen, die Bequemlichkeit der gebrechlichen Bürger und Gemeinde-Angehörigen fördernden Einrichtungen. Um die Erziehung ihrer Waisen selbst leiten und überwachen zu können, erbaute die Gemeinde eigene Waisenhäuser. Unterstands- und beschäftigungslose Personen, die bisher in dem ehemaligen Provinzial-Strafhaus in der Leopoldstadt untergebracht waren, erhielten ein Asyl- und Werkhaus vor der Favoritenlinie.

Die Amtsgebäude der Verwaltung bedurften angesichts der Ausbreitung der Geschäfte seit längerer Zeit einer Erweiterung und Vergrösserung. Gedrängt durch die sich mehrenden Bedürfnisse und durch den Mangel an Repräsentationsräumen, verliess die Gemeinde das alte, an historischen Erinnerungen reiche Rathhaus in der Wipplingerstrasse und bezog ein neues, durch seine Grossartigkeit und Schönheit ausgezeichnetes Amts- und Repräsentationshaus auf dem Rathhausplatze, würdig dem Selbstbewusstsein des emporblühenden Bürgerthums, umgeben von den Zeugen des reich entwickelten Culturlebens unserer Stadt. Und so wie die Centralverwaltung erhielten auch die Mehrzahl der Bezirksvertretungen stattliche Amtsgebäude.

Staat und Gemeinde waren aber nur die Krystallisationspunkte für die Lösung der grossen Aufgaben zur Neugestaltung Wiens. Mit diesen wirkten in gleicher Richtung zahlreiche volkwirthschaftliche und gesellschaftliche Corporationen, Vereine und Genossenschaften. Der Unternehmungsgeist von Privatgesellschaften, angeregt durch die wachsende Bedeutung Wiens als Centrum und Haupthandelsplatz der Monarchie, machte unsere Stadt zum Knotenpunkt des Eisenbahnnetzes. Zu den vor dem Jahre 1848, jedoch erst in ihren Anfängen gewesenen Eisenbahnlinien, kamen fünf neue Unternehmungen, welche mit ihren zahlreichen Abzweigungen und Anschlüssen den Weltverkehr vermittelnd, den Aufschwung Wiens mächtig förderten. Zwei Verbindungsbahnen ermöglichen heute unmittelbar den Güterverkehr der Bahnen unter sich und mit der Wasserstrasse. Riesige, bis in die Vororte hinaus reichende Personen- und Lastenbahnhöfe bedecken Aufnahms hallen, Maschinenhäuser, Magazine, Bureaux und Beamtenwohnungen. Auf sämmtlichen sieben Eisenbahnen verkehrten Ende des Jahres 1886 71.443 Züge verschiedener Gattungen, welche 6,213.749 Personen und 2,867.678 Tonnen Waaren (à 1000 Kilogramm) nach Wien und 6,088.791 Personen und 868.756 Tonnen Waaren von Wien wegbeförderten. Privatgesellschaften schufen vier Localbahnen für den Verkehr unserer Stadt mit den nächst Wien gelegenen Ortschaften im Umkreise bis zu einer Meile und zwei Pferdebahnen, von welchen die Wiener Tramway die Strassen innerhalb des Gemeindegebietes in einer Länge von 44.907 Kilometer und ausserhalb desselben in einer Länge von 17.942 Kilometer mit einem gesammten Personenverkehr von 39,734.135 (zu Ende des Jahres 1887) durchschnitt, während die um die Gürtelstrasse laufende Vororte-Tramway auf einer Strecke von 3160 Kilometer 8,087.098 Personen beförderte. — Die Steigerung des Schiffverkehrs erforderte neue Landungsplätze und Einlagerungsmagazine im Hauptstrom wie im Canal.

Die Bedeutung Wiens als erster Handelsplatz, sowie der Umschwung im Geld- und Effectenmarkte durch das Entstehen zahlreicher Actiengesellschaften verpflanzte die Theilnahme an den Fluctuationen der Börse in so weite Kreise, dass die Geldmächte in der Blüthezeit der finanziellen Speculationen für den geschäftlichen Verkehr ein eigenes, reich ausgestattetes Gebäude errichteten. Wie die Geldbörse, schuf sich auch die Waarenbörse einen Sammelpunkt des Verkehrs in der Leopoldstadt. Der Geschäftsumfang und die Organisation des Bankwesens bestimmten die Creditanstalt, die Länder-

bank, die Boden-Creditanstalt, den Giro- und Cassenverein, die Verkehrsbank u. s. w. zur Erbauung besonders eingerichteter Geschäftshäuser. Für einzelne Vereine, wie jene des Niederösterreichischen Gewerbevereins und des Oesterreichischen Ingenieur- und Architektenvereins trat das Bedürfniss zu Clubhäusern mit Sitzungssälen ein. Wie der Staat zur Hebung der Kunstgewerbe das Oesterreichische Museum für Kunst und Industrie erbaute, so ging aus dem Schosse der Industriellen das technologische Gewerbemuseum hervor. Die Künstler, die Landwirthe erbauten Häuser zur Veranstaltung permanenter Ausstellungen. Geistliche Corporationen, Vereine und Private unterstützten durch den Wohlthätigkeitssinn der Bewohner den Staat und die Gemeinde durch den Bau von Schulen, Erziehungsanstalten, Kranken- und Armenhäusern. Privatgesellschaften erbauten das Harmonietheater, das Stadttheater, die Komische Oper, Concertsäle, verschiedene Vergnügungsorte, Bäder u. s. w.

Die Schönheit der öffentlichen Bauwerke blieb nicht vereinzelt, sie verpflanzte sich auch auf andere Gebäude. Künstler und Bauherren traten in Wechselwirkung und vermieden in Gliederung und Ausstattung der Gebäude das nüchterne Aussehen früherer Zeiten. Die Architekten lösten das Problem, Häusergruppen als einheitliches Ganzes wirkungsvoll zu gestalten, die Façaden erhielten kräftiger hervortretende Hauptgesimse, Eckpavillons mit erhöhten Bedachungen, Balcons und Erker. Bei einzelnen Häusern kamen anstatt des Mauerputzes Rohziegel in Anwendung. Hie und da tauchten die ornamentale oder figurale Bemalung der Façaden, Sgraffito- oder Terracotten-Verzierungen auf. Ebenso erhielten Vestibules und Stiegenaufgänge malerischen und plastischen Schmuck. In vornehmen Innenräumen schmückten die Maler Decken und Wände der Salons mit Gemälden. Geschnitzte Thore und Thüren, kunstvolle eiserne Vergitterungen erhöhten den Reiz der Ausstattung. Veredelnd wirkte die Baukunst im Bunde mit der Malerei und der Plastik auf den Geschmack und die Technik des Kunsthandwerkers. Bahnbrechend, wie in den grössten Epochen früherer Jahrhunderte, griffen die bildenden Künste in das Leben ein und beherrschten die Sitten und Gewohnheiten der Menschen.

So gingen die Wünsche und Hoffnungen, welche sich an das Wort des Kaisers, den einheitlichen Staatsgedanken, das freigewordene Bürgerthum knüpften, alle Erwartungen weit übertreffend, in Erfüllung. Wien bietet heute in seiner äusseren Erscheinung das Bild eines blühenden Gemeinwesens, ausgestattet mit einer Fülle gross-

städtischer Schöpfungen und Einrichtungen. Was immer die Zukunft in ihrem dunklen Schosse bergen mag, dieses Bild der baulichen Neugestaltung wird unserer Stadt bis in die fernsten Zeiten erhalten bleiben. Ungetrübt durch die Schatten der Gegenwart, wird es den kommenden Geschlechtern zeigen, was das Wohlwollen und die Liebe des Kaisers für seine Vaterstadt, was staatsmännische Einsicht, patriotischer Geist und gemeinsames Schaffen und Wirken im Dienste grosser und edler Ziele zu leisten vermochten. Und dieses Bild wird — so hoffen wir vertrauensvoll — bald ein vollständiges sein, sobald nach dem Fallen der Linienwälle und der Erschliessung einer neuen mächtigen Verkehrsader über der Decke des Wienflusses die letzten Schranken der räumlichen Fortentwicklung unserer Stadt, dieses Herzschildes der Habsburg-Lothringen'schen Monarchie, gefallen sein werden.
